Freitag, 14. September 1923. Einzelnummer 1500 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 208

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 70000.—
in den Ausgabestellen 71000.—
durch Zeitungsboten 72000.—
am Postamt ..... 70910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 80000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher
2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . 1500.— M.
Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M
„ Reklameteil 4000.— p. M
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts.

Gestern haben wir die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts in der Angelegenheit der deutschen Ansiedler kurz mitgeteilt. Es handelt sich hier um das Ergebnis wochenlanger Beratungen der von den Mitgliedern des Völkerbundes, also auch von Polen, als höchste und oberste Rechtsinstanz anerkannten Stelle: um die Entscheidung einer aus zehn hervorragenden Juristen verschiedener Nationalität (Deutsche sind nicht darunter) zusammengesetzten Körperschaft. Dieses Richterkollegium hatte zwei Fragen zu beantworten, nämlich: 1. Ist der Völkerbund für die Angelegenheit der deutschen Ansiedler in Polen zuständig? 2. Hat Polen im vorliegenden Fall die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages verletzt? — Die als zweiter Punkt formulierte Frage umfaßt im Grunde genommen drei verschiedene Angelegenheiten, nämlich: a) die Frage: Hat die polnische Regierung einen Anspruch auf Ansiedlungen, die in Händen von Personen sind, die vor Abschluß des Waffenstillstandes, d. h. vor dem 11. November 1918 ordnungsgemäß einen Vertrag mit der deutschen Ansiedlungskommission schlossen, aber vor Abschluß des Waffenstillstandes keine Auflassung erhielten? b) die Frage: hat die polnische Regierung Anspruch auf Ansiedlungen, deren Inhaber erst nach dem Waffenstillstand, d. h. nach dem 11. November 1918, mit der Ansiedlungskommission einen Vertrag schlossen? c) die Frage des in den Verträgen mit der deutschen Ansiedlungskommission dem Staate vorbehaltenen Wiederkaufsrechtes.

Die Frage der **Zuständigkeit des Völkerbundes** ist vom Haager Schiedsgericht in Bezug auf einen Teil der in Betracht kommenden deutschen Ansiedler **bejaht** worden, ebenso hat das Schiedsgericht in Bezug auf einen Teil der deutschen Ansiedler ausgesprochen: daß das Vorgehen der polnischen Regierung ihnen gegenüber **im Widerspruch** steht **zu den internationalen Verpflichtungen Polens.**

Ueber den eigentlichen Sinn dieser Entscheidung und über ihre Folgen werden vermutlich die nächsten Tage Klarheit bringen.

Was die polnische Presse zu der Entscheidung sagt.

Für den Eindruck, den die Haager Entscheidung in polnischen Kreisen hervorgerufen hat, sind schon einige der Überschriften kennzeichnend, unter denen diese Entscheidung in der Presse veröffentlicht wird. Da ist von „Anerkennung staatsfeindlicher, verbrecherischer Bestrebungen“, einer „unverständlichen Entscheidung des Haager Schiedsgerichts“, von einer „fatalen Entscheidung“ und von ähnlichen Dingen die Rede. Der „Dziennik Pozn.“ schreibt im Leitaufsatz seiner Donnerstagsnummer: „Seit dem 10. August warteten wir auf die endgültige Entscheidung. Nach Dr. Prądzyński, der Posener Journalisten eine Unterredung gewährte, erwartete man in der polnischen Delegation eine für Polen günstige Entscheidung. Diese Hoffnung stützte man auf das Recht unserer Sache und auf die vortreffliche, allseitige Verteidigung durch Professor Roztworowski und durch Sir Ernest Pollock. Hatte doch die polnische Regierung, dem Einfluß Englands im Völkerbund und der internationalen Politik Rechnung tragend, zum ersten Mal einen in Weltjuristenkreisen rühmlich bekannten Engländer als Verteidiger engagiert. Die endgültige Entscheidung des Schiedsgerichtshofes ist jedoch ungünstig für uns ausgefallen. In welchem Umfang und in welchem Maße, das geht aus dem Telegramm der Pat. nicht klar hervor. Aus seiner Abfassung erhalten wir leider den Eindruck, daß die Worte „gewisse deutsche Ansiedler“, vielleicht zu einem mildernden Zwecke gebraucht, nichts anderes bedeuten, als eben die Ansiedler, die vor dem 11. November 1918 keine Auflassung hatten, oder diejenigen, über deren Angelegenheit der Schiedsgerichtshof im Haag entscheiden sollte. Von anderen war ja auch dort nicht die Rede. Die Regierung, die in diesem Falle die Folgen der Verfehlungen ihrer Vorgänger trägt, wird sicherlich in der nächsten Zeit eingehendere und klarere Mitteilungen machen. Vielleicht täuschten wir uns, aber das Telegramm der Polnischen Telegraphen-Agentur berechtigt trotz seiner delikaten Stilisierung zu keinem Optimismus. Wir sind gewiß wieder das Opfer der verhängnisvollen Abhängigkeit vom Völkerbund und des Systems der Fügsamkeit, die wir ihm gegenüber traditionell üben. Bisher ist uns von dieser Seite mehr Schlechtes als Gutes gekommen. Wir erhielten Peitschenhiebe und verneigten uns tief, immer die Artigsten, immer zu Zugeständnissen bereit. Wie sticht doch unsere Loyalität nicht nur von der Haltung des stolzen Italien ab, das zum Schutze seiner Ehre bereit war, mit Getöse aus der verehrten Institution auszutreten, sondern auch von den Fußstapfen der Litauer, die die Rechtskraft der Völkerbundsbeschlüsse bezweifeln und deren Revision verlangen! Es ist höchste Zeit, ernstlich an eine grundsätzliche Änderung der Taktik bezüglich des Völkerbundes zu denken, denn so geht es nicht mehr weiter.“

Der „Kurjer Poznański“ zieht heftig gegen den Völkerbund und gegen den — Deutschtumsbund, der eine „Expositur Berlins“ sei, zu Felde und glaubt die Wirkungskraft seiner Ausführungen mit dem Hinweis auf die Schließung des Deutschtumsbundes (also eine Maßnahme, über die in letzter Instanz noch nicht entschieden ist) haben zu können. Sein Schlußtrumpf ist die Forderung: „Durchführung der Politik der Tat **trotz allem.**“ Die in Betracht kommenden Sätze des „Kurjer“ lauten in deutscher Übersetzung:

„Obwohl die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes erst ein Gutachten ist, das noch auf die Tagesordnung der Beratungen des Völkerbundsrates kommen wird, werden wir doch im Völkerbunde infolge dieses Gutachtens schon eine sehr schwierige Stellung haben. Von polnischer Seite muß natürlich weiterhin die Stellungnahme vom 7. Dezember aufrecht erhalten werden, jedoch ist damit zu rechnen, daß der Völkerbundsrat sich auf Grund des Haager Gutachtens als zuständig ansieht und uns weitere Vorschriften in der Angelegenheit der deutschen Ansiedler zu machen geruhen wird. Was die Ansicht — wir können ohne Übertreibung sagen — des ganzen polnischen Volkes betrifft, so kann die Haager Entscheidung auf seine fertige Meinung in dieser Frage absolut nicht einwirken. Wie bisher, so verlangen wir auch weiterhin die Ausübung der Polen gegenüber den Deutschen zustehenden Rechte und werden jedes Eingreifen des Völkerbundes als eine unerträgliche Einmischung in die inneren Verhältnisse Polens ansehen. In der politischen Meinung Polens befestigt sich im übrigen die Meinung, daß der Völkerbund durch Überschreitung seiner Kompetenzen die Opposition gegen ihn, die nicht erst seit heute besteht, verstärken und bezüglich seiner Ziele und der Berechtigung seines Bestehens Zweifel wecken wird, was schließlich nicht zum Besten seiner Autorität ausschlagen kann. Die polnische Regierung muß alles Mögliche tun, um den polnischen Standpunkt auch heute praktisch durchzuführen, obwohl wir zugeben müssen, daß ungewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden sind. In der Aktion der polnischen Regierung müßte, so erscheint es uns, ein besonderer Nachdruck auf das Wesen und die Aktion des „Deutschtumsbundes“ gelegt werden, als einer Organisation, von der schließlich alles ausging. Es würde nicht schwer sein, den Beweis zu erbringen, daß diese Organisation auf Befehl Berlins wirkte und wirkt, und daß die Ansiedlerfrage durch sie, gar mit Hilfe materieller Unterstützungen, die den Ansiedlern unter der Bedingung gewährt wurden, daß sie sich den Maßnahmen der polnischen Regierung widersetzen sollten, absichtlich geschaffen wurde. Dann muß man überhaupt die Berechtigung der deutschen Beschwerden als Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen in Zweifel ziehen und zeigen, daß die Quelle dieser Beschwerde nicht in Polen, sondern in Berlin liegt, und daß sie künstlich und absichtlich in Polen hervorgerufen wurde. Zum Beweise dafür, daß der Deutschtumsbund eine Expositur Berlins ist, wird es an Materialien nicht mangeln. Die kürzliche Schließung dieser Institution durch die polnische Regierung ist eine sprechende Illustration unserer Meinung. Ein solcher Stand der Dinge ist für Polen ein hinreichender Anlaß dafür, trotz allem hinsichtlich der Ansiedler die von Polen als richtig erkannte Politik der Tat durchzuführen.“

Die „Gazeta Warszawska“ macht Herrn Askenazy zum Sündenbock. Sie schreibt: „Die fatale Wendung in dieser Angelegenheit ist ausschließlich der Politik des früheren Völkerbundsdelegierten Polens (des Herrn Askenazy) zuzuschreiben, der die Angelegenheit der deutschen Ansiedler in Polen auf dem Völkerbundsterrain vernachlässigte, indem er sich von „hohen humanitären Rücksichten“ leiten ließ, und weder Einwände noch Proteste gegen die Behandlung der Frage durch den Völkerbund erhob. Erst infolge der bekannten Kritik, die er von nationaler Seite erfuhr, besonders des Abg. M. Seyda in jener Frühjahrssitzung des Auslandsausschusses zur Zeit der Regierung des Generals Sikorski, und infolge des betreffenden Sejmbeschlusses reichte er in der letzten Sitzung einen Protest ein, als der Rat die Angelegenheit dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag überwies. Nach solchen Vorgängen war es trotz der Bemühungen Sir Ernest Pollocks und des Professors Rostworowski schwer, die Angelegenheit, die gleich zu Beginn schlecht postiert und im Laufe der Jahre von Askenazy skandalös geführt wurde, zu retten.“

Eingaben und Petitionen der nationalen Minderheiten.

Der Völkerbundsrat hat in der Frage des Verfahrens bei Überreichung von Eingaben und Petitionen der Minderheiten folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die an den Völkerbund bezüglich des Schutzes der Minderheiten gesandten Petitionen müssen, damit mit ihnen im Sinne der Resolutionen des Völkerbundsrates vom 22. und 25. Oktober 1920, sowie vom 27. Juni 1921 verfahren werden könne, sich

a) mit dem Schutze der Minderheiten im Sinne der Verträge befassen,

b) sie dürfen insbesondere nicht die Aufhebung der politischen Beziehungen zwischen der genannten Minderheit und dem Staate, dessen Bestandteil sie ist, fordern,

c) sie dürfen nicht aus einer anonymen oder trüben und unzulänglichen Quelle stammen,

d) sie müssen in einer gebührenden Form abgefaßt sein,

e) sie müssen Informationen enthalten oder Tatsachen mitteilen, welche nicht in einer jüngstverflossenen Zeit Gegenstand einer in der üblichen Weise erörterten bestimmten Petition waren.

Falls der interessierte Staat aus irgend welchen Gründen Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Petitionen hätte, wird der Generalsekretär die Frage der Zulässigkeit dem Präsidenten des Völkerbundsrates unterbreiten, welcher zwei Mitglieder des Völkerbundsrates zur Prüfung dieser Frage wird auffordern können. Wenn es der interessierte Staat fordert, kann diese Frage auch auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates gestellt werden.

2. Eine Verlängerung der zweimonatigen Frist, welche durch die Resolution vom 27. Juni 1921 der interessierten Regierung zur Überreichung von Bemerkungen zu Petitionen vorbehalten ist, wird dem Präsidenten des Völkerbundsrates gestattet sein, falls der interessierte Staat darum ansucht und die Umstände für die Notwenigkeit einer Verschiebung sprechen.

3. Die Einsendung der Petitionen sowie der Bemerkungen der interessierten Regierungen (falls Einwendungen überhaupt überreicht werden) an sämtliche Mitglieder des Völkerbundes, wie dies am 27. Juni 1921 bestimmt wurde, wird auf die Mitglieder des Völkerbundsrates eingeschränkt. Auf Ersuchen der interessierten Regierungen oder auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundsrates, welcher sich damit ordnungsgemäß befaßt hat, kann der Bericht auch an die übrigen Mitglieder der Völkerbundsversammlung oder an die Öffentlichkeit überhaupt abgegeben werden. Der Präsident und zwei Mitglieder des Völkerbundsrates prüfen im Sinne der Resolution vom 25. Oktober 1920 die Petitionen und Bemerkungen der interessierten Staaten und Regierungen, falls solche überhaupt vorliegen, einzig und allein zu dem Zwecke, um festzustellen, ob es eventuell notwendig ist, daß ein oder mehrere Mitglieder des Völkerbundsrates diesen auf die Verletzung irgend einer Bestimmung des Minderheitenschutzes aufmerksam machen. Hierdurch bleibt das Recht sämtlicher Mitglieder des Völkerbundsrates, auf eine Verletzung dieser Bestimmungen oder die Gefahr einer Verletzung derselben aufmerksam zu machen, unberührt.

Die Resolution wird den Regierungen, welche die Verträge unterfertigt oder den Minderheitenschutz betreffende Erklärungen abgegeben haben, mitgeteilt werden.

Die Stabilisierung der Krone in Oesterreich.

Im Augenblick ist in aller Munde die Frage der Devisenpolitik. Berufene und nicht Berufene versuchen ihre Meinung zu äußern, und die verschiedensten Anschauungen und Vorschläge werden gemacht, auf Grund derer wir endlich zu einer Besserung des Geldmarktes kommen sollen. Praktisches und Unpraktisches in kunterbuntem Durcheinander wird dem geduldigen Leser jeden Tag von neuem vorgesetzt, und an jede Meinung knüpft sich die Hoffnung auf eine Besserung unserer schwierigen Wirtschaftslage. Erst vor kurzer Zeit beleuchteten wir in einzelnen Artikeln die Inflations- und Deflationspolitik, die man abwechselnd vorschlägt und worin jeder die Rettung sieht. In Deutschland, dem Lande mit der am allermeisten zerrütteten Valuta, hat man neuerdings verschiedene Wege zu beschreiten versucht, und neuerdings wieder will man endgültig die neue Goldwährung einführen, von der man alles Gute erhofft.

Auch bei uns in Polen arbeitet man an einem Plan, der jedoch noch nicht klar zu unserer Verfügung steht. Auf der anderen Seite aber bringt man neuerdings dem klein gewordenen Deutschösterreich recht viel Anteilnahme entgegen. Herr Dr. Seipel wird in der nächsten Zeit zu einem Besuch in Warschau erscheinen und seiner Persönlichkeit bringt die Presse hie und da bereits Aufmerksamkeit entgegen. Der Leser aber fragt sich, wie hat es nur dieses zerrüttete Österreich, von dem man noch vor einem Jahre nichts erhoffte, fertig gebracht, seine Geldwährung bis heute stabil zu erhalten? Wie ist es möglich gewesen, in dem verhungernden Österreich, das heute nur noch auf die Einfuhr aus den Nachbarstaaten angewiesen ist, die Krone auf einem bestimmten festen Stande zu erhalten, die Sparlust wieder anzuregen, die Kaufkraft der Krone zu befestigen und sogar zu heben? Bei uns in Polen ist doch inzwischen die Mark bedeutend verschlechtert worden, obgleich gerade wir in Polen doch die denkbar besten Voraussetzungen für einen günstigen Stand der Mark haben müßten.

Diese Fragen zu beantworten ist nicht ganz einfach, denn dazu ist eine genaue Gegenüberstellung der einzelnen Valuta- und Wirtschaftsverhältnisse, der verschiedensten Finanzpolitiken nötig. Dies in einem kurzen Artikel zu sagen, ist nicht möglich. Wir können uns jedoch wenigstens die Hauptpunkte klar vor Augen führen, um dabei auf den Kern der Angelegenheit zu gelangen. Ein ganz kurzer Rückblick wird hierzu erforderlich sein.

Vor dem großen Kriege haben sich die Schuldverhältnisse der einzelnen Länder zu einander in einem gewissen Rahmen entwickelt. Zwar waren hier andere Voraussetzungen nötig, denn diese ganzen gegenseitigen Schuldentwicklungen der einzelnen Staaten zu einander waren gar abwechselungsreich und vielseitig, oft unübersehbar. Einen Vorteil hatten wir damals, die Gesamtheit war keinen plötzlichen und gewaltsamen Änderungen unterworfen, wie das heut der Fall ist. Ruhe und Arbeitsfreudigkeit herrschte in allen Staaten. Die Produktion stieg andauernd, und die Zahlungsbilanz der einzelnen Staaten wurde größer. Valutaschwankungen blieben stets in engen Grenzen. So wie damals die ganze Geldfrage lag, (Goldwährung, freie Prägung, Einlösung der Banknoten in Gold), bestand die Devisenpolitik in der Regelung der Devisenkursschwankungen auf dem Wege der Aus- und Einfuhr von Gold, mit Hilfe der Diskontpolitik der Zentralnotenbank. Der Devisenkurs wurde durch die Goldausfuhr nach oben, durch die Goldeinfuhr nach unten hin begrenzt. Das war damals sehr leicht.

Auch in Österreich war es so. Dann kam der verlorene Krieg und die immer rapider werdende Entwertung der Krone, die damals in der ganzen Welt größte Teilnahme erregte. Die Experimente wurden immer vielseitiger, aber sie nützten nicht viel. Es ist so, wie gegenwärtig in Deutschland und bei uns in Polen.

Vor einem Jahre, es war im Monat Mai, setzte die gewaltige Entwertung der Krone ein. Sehen wir uns einmal kurz die drei wichtigsten Notierungen der damaligen Wiener Börse an. Man zahlte: am 26. 5. 22 für 1 Dollar 10 284 Kr., am 12. 6. 22: 21 494 Kr., am 17. 7. 22: 36 200 Kr. D. h. also, daß damals im Vergleich zur deutschen Mark die österreichische Krone bereits am 26. Mai die Devisenkurse für den Dollar und den Schweizer Franken um das 2080fache des Friedenswertes übertrafen, während in Deutschland die Steigerung damals am gleichen Tage nur das 69 und 66fache des Friedenswertes betrug. Es war selbstverständlich, daß unter diesen Umständen in der damaligen Zeit bei diesen Kursen ein geregelter Außenhandel zur Unmöglichkeit wurde. Außenhandel ist, wie bekannt, abhängig von Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Die Kaufkraft der Krone war derartig schwankend, daß eine Preispolitik überhaupt nicht getrieben werden konnte, und auch eine geregelte Lohnpolitik war unmöglich. Es ist ähnlich wie in der Gegenwart bei uns. Eine wirkliche Preis- und Lohnpolitik existiert nicht, — das, was heute verdient wird, reicht morgen nicht mehr aus, und immer höher ins Sinnlose hinauf gehen die Preise, immer verwirrender gestaltet sich unser ge-

samtes wirtschaftliches Leben. Es entstehen Spannungen zwischen Industrie und Arbeiterschaft, zwischen Konsument und Produzent, und das meistens in einer Zeit, wo diese Spannungen am wenigsten zu ertragen sind. So war es damals auch in Österreich. Ähnlich wie heute erschallte damals der Ruf: „Stabilisierung der österreichischen Krone" „Begründung einer neuen Währung durch eine neue Notenbank". Das war das Programm, das langsam feste Formen annehmen sollte und schließlich zum Enderfolg führte.

Der damalige Finanzminister hatte sehr richtig erkannt, daß das österreichische Valutaproblem nicht ein Finanzproblem, sondern ein Wirtschaftsproblem war. Er erkannte weiter, daß das Defizit des Staates und die Geldentwertung nur ein Ausdruck dafür war, wie unmöglich die Volkswirtschaft sein muß, wenn sie allein auf sich selbst gestellt bleibt und dann noch zu einer aktiven Zahlungsbilanz kommen soll. Damals griff der Völkerbund ein, nachdem er auf Veranlassung des Obersten Rates dazu aufgefordert worden war, sein Finanzkomitee zu einem Sanierungsprogramm zusammenzuberufen. Die österreichische Regierung und das Parlament stimmten den Vorschlägen zu und erklärten sich bereit, eine Notenbank zu gründen, an der sich ausländisches Kapital zu beteiligen hätte. Diese Notenbank allein hatte das Recht, Neuemissionen aufzulegen. Diese Notenbank mußte als Hauptaufgabe ansehen, die Notenzirkulation in Österreich ganz auf eigenes Risiko zu übernehmen, und sie sollte durch die Einzahlung von Kapital durch ihre Aktionäre, weiter durch eine Valutaanleihe, die von Staats wegen eingezogen werden mußte und durch verschiedene Privilegien und Zuwendungen des Staates in die Lage versetzt sein, eine Fundierung zu erreichen. Die wichtigste Aufgabe der Bank jedoch war, den damaligen Kurswert der Krone aufrecht zu erhalten.

In Wien ist dann diese neue Emissionsbank unter dem Titel „Österreichische Bank" gegründet worden. Die Verhandlungen zwischen den Bankvertretungen, den Großbankiers, den Sparkassen usw. kam zu einem günstigen Abschluß. Das Aktienkapital der neuen Bank wurde auf hundert Millionen Schweizer Franken festgelegt. Die Aktien mußten auf Gold oder ausländische Währung lauten. Das Privileg für die neue Notenbank wurde auf 22 Jahre verliehen. Die Notenbank hatte die Aufgabe, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, darauf zu achten, daß der Kurs der Krone, wenn keine Verbesserung, so doch zum mindesten keine Verschlechterung erfährt. Der Bundesstaat darf die Mittel der neuen Bank in keiner Weise und in keiner Form für Staatszwecke in Anspruch nehmen, wenn er nicht den Kurswert der bezogenen Banknoten in Devisen oder Gold leistet. Die neue Bank hat den gesamten Umlauf der Banknoten, einschließlich der Verbindlichkeiten des Giroverkehrs der österreichischen Geschäftsführung und der österreichisch-ungarischen Bank zu übernehmen.

Freilich muß nun den Verbindlichkeiten gegenüber auch ein entsprechendes Aktivum gegenüber stehen. Das sog. kommerzielle Portefeuille, dann die Golddevisen und Bestände an Valuten, die von der Geschäftsführung der österreichisch-ungarischen Bank stammen, sind der Bank zu übergeben. Um die Fundierung der Bank zu verstärken, hat der Finanzminister das Recht, für die neue Bank Anleihen in Auslandswährung zu übernehmen. Er muß hierfür Pfänder geben und Sicherstellungen einräumen, und die Ausführung aller Devisenoperationen werden von der Notenbank für Rechnung des Bundesstaates Österreich übernommen. Schon der Laie sieht hieraus, mit welchen Folgen das für die Souveränität des Staates verknüpft ist. Diese Folgen mußte Österreich auf sich nehmen, um nicht unterzugehen. Und Österreich hatte hierzu den Mut, den viele andere Staaten nicht haben würden.

Bereits Ende des Jahres 1921 hatte man in Österreich die Neuregelung des Devisenverkehrs vorgenommen. Es handelt sich um eine ähnliche Einschränkung, wie bei uns in Polen. Es dürfen nämlich zum Zwecke der privaten Spekulation oder zur Sicherstellung des Vermögens keinerlei Devisen abgegeben werden. Devisen dürfen nur zur Bezahlung von Waren abgegeben werden, die bereits eingeführt waren oder innerhalb von sechs Monaten eingeführt wurden. In allen anderen Fällen hatte die Devisenzentrale zu entscheiden. Im großen ganzen handelt es sich in den Hauptlinien um die gleichen Maßnahmen, wie sie auch in Polen durch das neue Devisengesetz bestimmt worden sind. (Der Verkauf an der Börse ist nur an Mitglieder der Devisenzentrale gestattet, Kommissionäre dürfen nicht aufkaufen, dann folgt die Ablieferungspflicht von Devisen zum jeweiligen Tageskurse usw.).

Der Devisenmarkt und die Tätigkeit der Börse ist somit wesentlich enger geworden. Die Spekulation, die zwar einiges Material dem Devisenmarkt zuführte, ist stark eingeschränkt, und das Ausland tätigt größere Transaktionen nicht mehr, weil eine Geldumsatzsteuer erhoben wird.

Heute hat man freilich verschiedene schwerwiegende Bestimmungen abgeändert und, durch Erfahrung belehrt, vieles auf das richtige Maß zurückgeführt.

Die stabile Krone ermöglicht dem Bundesstaat nun eine ruhigere geregelte Entwicklung. Da Österreich in der Hauptsache auf die Einfuhr angewiesen ist, da seine Industrie eine rein verarbeitende Industrie ist, die dann verarbeitete Waren wieder ausführt, ist natürlich die Lage anders als bei uns. Doch eine gewisse Ähnlichkeit besteht immerhin. Wenn es in Polen einen Mann gibt, der nun aus diesen Erfahrungen des Bundesstaates die notwendigen Folgerungen ziehen kann, so werden wir zu einer Stabilisierung auch der Polenmark unter Umständen kommen. Der neue Mann, der das will, wird jedoch mancherlei Vollmachten haben müssen, um den Weg über die Volkswirtschaft, nicht über die sogenannte Politik zu gehen. Kann er das nicht, so wird auch der leiseste Versuch im Keime erstickt werden, und alle Hoffnung wird sich als trügerisch erweisen. Weil man in Österreich den Weg richtig erkannte, weil man wußte, daß das Valutaproblem kein Finanz-, sondern ein Problem der Volkswirtschaft war, kam man auf diesen Weg. Und weil man erkannte, daß es kein politisches, sondern ein wirtschaftliches Problem war. Wenn wir in Polen so weit sind, daß auch unsere Valutamisere nichts anderes als ein Problem der Volkswirtschaft erkannt wird, werden sich die Wege zusammenfinden, die zur Gesundung führen. Bevor das nicht der Fall ist, ist alle Mühe vergeblich, ist jeder Versuch umsonst. Daß wir einst zu dieser Erkenntnis kommen müssen, wissen wir, nur wann wir dazu kommen werden, das ist die Frage, die über unseren Aufstieg oder unsere weitere Verelendung entscheidet.

Republik Polen.

Eine monarchistische Partei in Polen?

Der Warschauer Korrespondent der „Republika" meldet seinem Blatte:

„In Warschau und Posen finden Beratungen über die Bildung einer konservativen Partei, unter Ausschluß der galizischen Konservativen, statt. Der Hauptpunkt des Programms der neuen Partei soll darin bestehen, Polen in eine Monarchie umzuwandeln. Das Zentrum der neuen Partei ist die Dubanowicz-Gruppe, bzw. der Teil dieser Gruppe, der in Posen die christlich-landwirtschaftliche Partei bildet. Außerdem treten der neuen Partei die Vertreter der Aristokratie im ehemaligen Kongreßpolen bei, wie Fürst Radziwill, Fürst Lubomirski, Graf Potocki und Graf Tarnowski. Die neugebildete Partei beabsichtigt, in Warschau eine große politische Tageszeitung zu gründen.

Von der Posener Aristokratie sind Anhänger dieser Partei Graf A. Chłapowski, Graf Żółtowski, Graf Bniński u. a. Bemerkenswert ist, daß über die Bildung dieser Partei schon vor einer Woche die halbmonarchistischen Blätter in Österreich und Ungarn die „Neue Freie Presse" und der „Pester Lloyd" berichteten."

Verwerfung der Revision im Prozeß Fedak.

Das Oberste Gericht in Warschau verhandelte in der Sache gegen Stefan Fedak, der seinerzeit in Lemberg wegen des Attentats auf den damaligen Staatschef Josef Piłsudski und den Wojewoden Grabowski zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Das Oberste Gericht beschloß, die Beschwerde gegen das erste Urteil abzulehnen. Hierauf beriet das Oberste Gericht in geheimer Sitzung über das Strafmaß. Die Entscheidung in dieser Frage wird dem Gericht in Lemberg schriftlich zugehen.

Ein Hirtenbrief des Metropoliten Szeptycki.

Der Metropolit Szeptycki, der jetzt in Posen weilt, beauftragte die metropolitanische Kurie in Lemberg, seinen aus Rom datierten Hirtenbrief an die Geistlichkeit und die Gläubigen bekanntzugeben. Sein Verhältnis zum polnischen Staat berührt der Metropolit mit folgenden Worten: „Es ist eine große christliche Tugend, überall unter dem Gesichtspunkt des heiligen Glaubens sich in den Willen Gottes zu fügen, wie dies in unserem täglichen Gebet in der Wendung „Dein Wille geschehe" zum Ausdruck kommt." Im weiteren fordert der Metropolit, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers und Gott zu geben, was Gottes ist und empfiehlt, jeder Obrigkeit untertan zu sein, denn es gebe keine Obrigkeit, die nicht von Gott stammt.

Merkwürdige Gerüchte über die polnische Anleihe.

Die Lemberger Presse bringt sensationelle Mitteilungen über den Stand der polnischen Anleihe. Die Frage der Anleihe ist nach diesen Meldungen noch nicht erledigt, da die Verhandlungen mit der amerikanischen Morgan-Gruppe, die Polen 100 Millionen Dollar leihen soll, noch nicht beendet wurden. Aus diesem Grunde verließ der Finanzminister Kucharski plötzlich Lemberg, wo er noch zwei Tage verweilen wollte. Wie es heißt, soll er in Warschau wichtige Unterredungen in der Frage der Anleihe gehabt haben.

Kucharski führte seinerzeit die Verhandlungen über die Anleihe in Paris ohne Wissen des damaligen Finanzministers Linde. Es wird erzählt, daß sich Linde ebenfalls um eine Anleihe bemüht, jedoch hierüber mit englischen Bankiers verhandelt habe. Dies sei eine Art Wettstreit um die Frage gewesen, wem es eher gelingen werde, Geld zu bekommen: ob Linde eher die Pfunde oder Kucharski die Dollars erhält.

Augenscheinlich hat Kucharski mehr Glück gehabt, und darauf fußend, erklärte er, daß er Finanzminister werden müsse, da die Amerikaner nur unter der Bedingung Polen die Anleihe gewähren wollten. Dagegen erklärten die Piasten, daß sie, wenn die Endecia das Finanzportefeuille erhält, das Handelsministerium besetzen müßten. Infolgedessen wurde zum Handelsminister Szydlowski ernannt, ein Naphthaindustrieller, der, wie die „Republika" hinzufügt, im Sejm bis jetzt keine Rolle gespielt hat.

Von den Aufgaben der polnischen Industrie.

Der Handels- und Industrieminister Szydłowski hielt am Mittwoch abend eine Konferenz mit mehreren Personen aus Kreisen des Handels und der Industrie ab. Bei Eröffnung der Konferenz erklärte der Minister, daß Polen in der Zeit seines kurzen Bestehens auf industriellem Gebiet sehr viel geleistet habe. In der Kohlenproduktion habe Polen 92 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht, in anderen Industriezweigen die Vorkriegshöhe oder darüber. Zu diesem Stand der Dinge habe die polnische Energie beigetragen, die in der Initiative der Industrie zum Ausdruck gekommen sei. Der Industrie warten neue Schwierigkeiten Die technischen Mittel seien unzureichend und unvollkommen. Damit Polen seine Unabhängigkeit wahren könne, müsse es eine in allen Zweigen ausgebaute und so verteilte Industrie besitzen, daß es für den Kriegsfall selbst ausreicht. Er, der Minister, werde danach streben, die Industrie durch die Schaffung neuer Zweige zu entwickeln. Die Industrie müsse der Finanzpolitik angepaßt werden. Der Staat werde an die Industrie hohe Forderungen stellen und der Minister sich einerseits bemühen, daß diese Forderungen auf alle Kreise gerecht verteilt werden. In der Ausfuhrpolitik wird sich der Minister an den Grundsatz halten, daß wohl Produkte der Industrie, aber keine Rohstoffe ausgeführt werden können.

Der Handels- und Industrieminister auf der Lemberger Messe.

Am Mittwoch stattete Minister Szydłowski der Lemberger Ostmesse einen Besuch ab. Er besichtigte eingehend alle wichtigen Industriezweige. Nach Meinung des Ministers hätten die Lodzer Firmen völligen Mangel an Verständnis für die eigene Wirtschaftslage dadurch gezeigt, daß sie ein so mächtiges Propagandamittel, wie die Ostmesse, außer acht ließen. Klagen über schlechte Konjunktur und Mangel an Absatzmärkten seien gerade Argumente zu desto intensiverer Beschickung von Messen, die die weiteste Möglichkeit geben, der polnischen Textilproduktion neue Absatzmärkte zu gewinnen. Die Zurückziehung der polnischen Textilindustrie sei mit einem bedeutenden

Der Erbe.

Von Wilhelmine Fleck. (A. L. Lindner.)

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Zum erstenmal in seinem Leben lernte Christoph Utermöhl Schlaflosigkeit kennen. Das war ja etwas Schreckliches, so dazuliegen, allen Vorstellungen preisgegeben, die auf einen eindringen wollten.

Zu Ende des Spiels! Jählings abgerissen wie eine herrische Melodie, der niemand mehr einen Ton hinzusetzte, und die doch, ohne daß er's gewußt, ein Teil seines Lebens gewesen war. Verblutet! Herrgott im Himmel, man kam ja nicht los von dem Gedanken, der immer grauenvoller wurde, je mehr man ihm nachging. Das heißt, man wollte gar nicht, aber man mußte; das Hirn formte die Bilder wie von selbst. Und dann fühlte man etwas am Herzen, — was war das nur? Etwas Schmerzhaftes, das sich durch die ganze Brust fortsetzte und hochkam und einem das Wasser in die Augen trieb. Gottlob, daß es niemand sah, daß Christoph Utermöhl weinte. So mußte dem König David zumute gewesen sein, da er Leid trug um seinen Sohn Absalom.

Und nicht genug damit. Noch etwas anderes kam quälend hinzu, „Neuburg, Wallstraße 26 — Neuburg, Wallstraße 26!" Wie ein Singsang war's, der sich im Kopf eingenistet hat und nicht loszuwerden ist. Zuletzt sagte er es gar laut vor sich hin. Er freute sich, als endlich der Tag graute, und er aufstehen konnte. Aber in das Rummeln der Dreschmaschine hinein raunte es: „Neuburg, Wallstraße 26". Zum Kuckuck; was ging denn ihn das an?

Er nahm den Knotenstock und ging aufs Feld, und eine schwere, seltsame Traurigkeit ging neben ihm her. Nie würde sein Junge das erwachende Grün wiedersehen. Sein Junge; das war er ja doch, trotz allem.

Alter Gewohnheit folgend, schickte er die weitsichtigen Augen wachsam umher. Dies Ackerstück hier war vor wenigen Jahren noch Heideland gewesen; nun stand es bereit zur Saat. Ja, ja, er verstand sich aufs Urbarmachen. Wenn man der Sache so mit Kainit zu Leibe rückte. Seitdem er Klenzow von seinem Vater übernommen hatte, war der Wert des Gutes um ein Drittel gestiegen. Die Utermöhls waren immer gute Landwirte — gewesen. Nun kam keiner mehr. — Auf einmal zog er die Brauen scharf zusammen. „Ei, daß dich. Haben die Kerls wieder die Pflüge draußen stehen lassen." Da sollte doch gleich mal ein heiliges Donnerwetter dazwischenfahren, sowie er nach Hause kam.

Er blieb stehen, die Spannung in seinen Zügen glättete sich. Es war, als ginge ein Erschlaffen durch die ganze Gestalt. Wozu sich ärgern, wozu sich aufregen? Es hatte ja gar keinen Zweck, war ja so unwichtig; die paar Pflüge so gut wie alles andere.

So gleichgültig und alt hatte er sich noch nie gefühlt. Warum arbeitete er noch? Warum warf er nicht lieber alles hin, setzte sich in den Großvaterstuhl und verdämmerte den Rest seiner Tage irgendwo?

Gleichsam um mit der Sache Ernst zu machen, ging er nach Hause, setzte sich in sein Zimmer und nahm die Zeitung, das Wahrzeichen des Rentnertums, zur Hand. Mechanisch glitten die Augen über den Heeresbericht. „Erbitterte Nahkämpfe — Gasbomben — eingedrungene Feinde mit dem Bajonett vertrieben —"

Er ließ das Blatt sinken und starrte vor sich hin. Da litten und kämpften sie, die Jungen, Frohen und Tüchtigen, damit der Lehnstuhlfriede der Alten und Überflüssigen bewahrt blieb. Dafür starben sie. Auch sein Junge war dafür gestorben. Wenn man nur wenigstens etwas Näheres wüßte, — wie alles gekommen war. Da hörte er es auf einmal wieder ganz deutlich „Neuburg, Wallstraße 26".

Dort wohnte eine, der Bernhards letzte Briefe und Grüße gegolten hatten. Vielleicht, nein, höchst wahrscheinlich taugte sie nicht viel, aber wer und wie immer sie sein mochte, sie wußte etwas. Ja, sollte er denn zu ihr gehen und sagen: „Erzähle mir von meinem Jungen; ich, sein Vater, weiß nichts von ihm?" Pah, sowas tat Christoph Utermöhl nicht. Der nicht!

Aber eine Woche später packte er ein paar Sachen in seine abgeschabte Handtasche und erklärte der verwunderten Haushälterin: „Ich verreise auf zwei bis drei Tage."

Das sagte sich freilich leicht, aber er war in zehn Jahren nicht gereist, und es wurde eine ganz biestrige Sache. Einmal verpaßte er einen Zug, dann geriet er in den verkehrten, und anstatt dem Schaffner dankbar zu sein, der ihn noch im letzten Augenblick herausrettete, fuhr er ihn an, weshalb auf den Bahnhöfen nicht besser über die Reisenden gewacht werde!

Endlich kam er doch, wenn auch etwas verspätet, nach Neuburg. Eine hübsche Stadt mit interessanten alten und nichtssagenden neuen Straßen, und mit Läden, die Christoph Utermöhl überwältigend prächtig vorkamen.

Wo war nun die Wallstraße? Ein Junge wies ihm den Weg. „Welche Nummer soll's denn sein? Die Wallstraße ist lang."

„Das geht Dich nichts an, Bengel," sagte er mit Bauernschlauheit, als könne ihm hier in der fremden Stadt noch jemand in die Karten gucken. Ganz sonderbar wurde ihm, als er in der hohen Mietskaserne Treppe um Treppe erklomm. Das ging ja wohl geradewegs bis zum Himmel hinauf. Wie hielten nur die Stadtleute tagaus tagein solche Kletterei aus? Und dann fuhr er ein bißchen zusammen, als ihm an einer der Türen, die auf den gemeinsamen Vorplatz des letzten Stockwerks mündeten, der eigene Name entgegenleuchtete. Während er noch zögernd darauf hinsah, trat aus einer der nächsten Türen eine einfach gekleidete Frau heraus.

„Wollen Sie zu Frau Utermöhl? Die kommt erst um sechs aus der Munitionsfabrik."

Er vertrat ihr den Weg und tippte ihr auf den Arm.

„Hören Sie mal, — diese Frau Utermöhl, was ist das eigentlich für eine? Wohl ein bißchen 'ne leichte Fliege, was?"

Die Frau sah ihn erstaunt und mißbilligend an.

„Soweit ich weiß, ist sie 'ne sehr ordentliche Frau; 'ne Kriegerwitwe," sagte sie und ließ ihn stehen.

Mit dem geplanten Aushorchen war es also nichts, er mußte sich schon auf seine eigenen Augen und Ohren verlassen.

(Fortsetzung folgt.)

Schaden für das Prestige der allgemeinen Staatswirtschaft verbunden.

Die Besoldung der Staatsfunktionäre.

In der Mittwochsitzung des Senatsausschusses für Finanzhaushaltsfragen wurde die Erörterung des Gesetzentwurfs über die Besoldung der Staats- und Militärfunktionäre bis Art. 30 weitergeführt. In der Aussprache erklärte sich die Mehrheit der Senatoren dafür, daß die Departementsdirektoren und Wojewoden als höchste Staatsbeamte nach den Ministern und Unterstaatssekretären im Gesetz eingereiht werden sollen. Die Entscheidung dieser Frage soll mit der Meinung des Ministerrates in Einklang gebracht werden. Bezüglich der Einreihung der Professoren der Hochschulen, die von der Einreihung der Departementsdirektoren abhängt, faßte der Ausschuß folgenden Beschluß: Bis zur erreichten Sanierung der Staatsfinanzen bleiben die ordentlichen Professoren der Hochschulen in Gruppe 4 und die außerordentlichen Professoren in Gruppe 5.

Die Zunahme der Teuerung in Warschau.

Die Warschauer Kommission zur Feststellung des Teuerungskoeffizienten hat eine Preissteigerung um 24,45 Prozent in der ersten Hälfte des Monats konstatiert.

Ein Vierbundplan.

Die Londoner „Morning Post“ will erfahren haben, daß der Vertreter Polens, Minister Piltz, während seines Aufenthalts in Sinaja mit der Anregung hervorgetreten sei, statt der Kleinen Entente einen Vierstaatenbund, bestehend aus Polen, Rumänien, Tschechoslawien und Südslawien, zu schaffen, der nicht bloß die Unversehrtheit der Verträge von Trianon und St. Germain, an denen Polen nicht beteiligt ist, sondern auch die Verträge von Versailles und Riga garantieren sollte. Wie die „Morning Post“ behauptet, hätte Rumänien diesen Vorschlag unterstützt, und über diesen Gegenstand seien auch während der Anwesenheit des rumänischen Königs in Warschau Verhandlungen geführt worden. Bisher sei eine Entscheidung der in dieser Frage maßgebenden Stellen noch nicht erfolgt.

Korfu und Fiume.

Mussolini will nicht nachgeben.

Mussolini empfing in Mailand den Korrespondenten der „Daily Mail“ und erklärte ihm:

„Als ich vor einem Jahre zur Macht gelangte, war es meine Absicht, die besten Beziehungen zu England aufrecht zu erhalten. Ich sah in England den natürlichen Freund und sogar den Alliierten Italiens. Aber die englische Regierung tat nichts, um mich in meinen Entschlüssen zu ermutigen, und jetzt, da Italien die erste schwere Krisis durchmacht, wendet sich England von uns ab. Alle meine Motive werden mißverstanden. Besonders trifft es nicht zu, daß ich den Völkerbund, die Grundlage der auch von Italien anerkannten Verträge, zerstören wollte. Aber die Ermordung italienischer Soldaten, die als Mitglieder einer italienischen Mission fielen, empörte das italienische Gewissen.

England stellt es demgegenüber jetzt so hin, als ob Italien selbst ein Verbrechen begangen habe und nicht selbst das Opfer eines Verbrechens geworden sei. England, das immer Griechenland unterstützte, stand auch diesmal auf der Seite Griechenlands, weil es der Ansicht ist, daß Griechenland sein natürlicher Verbündeter im östlichen Mittelmeer ist. Aber England übersieht, daß Italien ein ebenso guter Verbündeter sein könnte. In dem einen Jahre meiner Regierung habe ich keinerlei demagogische Zugeständnisse an das Land gemacht, und trotzdem genieße ich das allgemeine Vertrauen wie am ersten Tage. Das beweist, daß Italien eine Nation von hohen moralischen Qualitäten und voll von Energie ist.“

Mussolini wiederholte dann seine bekannten Bedingungen für die Räumung Korfus. Die italienischen Truppen und die Flotte würden zurückgezogen, wenn Griechenland alle Bedingungen voll erfüllt habe. Was die Frage von Fiume anbetreffe, so habe Fiume materiell dem italienischen Staat viel mehr gekostet, als es jemals eingebracht habe. Aber in politischer Beziehung hänge das italienische Volk an der Stadt. „Ich hoffe,“ fuhr Mussolini fort, „daß die südslawische Regierung meinen Vorschlag zur Lösung des Fiume-Konflikts annehmen wird. Ich werde jedenfalls niemals einen Schiedsspruch einer Stelle, die mit den Verhältnissen in Fiume nicht ganz genau vertraut ist, zulassen. Ich habe Südslawien wiederholt Beweise meines guten Willens gegeben, indem ich die Räumung eines Drittels von Dalmatien angeordnet habe. Italien hat für Fiume bereits schwere Opfer gebracht. Einmal hat es d'Annunzio gezwungen, seine Aktion einzustellen, und ein anderes Mal hat es seine Truppen gezwungen, auf ihre eigenen Kameraden zu schießen. Jetzt können keinerlei weitere Opfer gebracht werden.“

Ein italienischer Flugplatz auf Korfu.

Nach einer Meldung aus London sollen die Italiener auf Korfu begonnen haben, einen Flugplatz zu bauen. Im Kanal von Otranto sollen Minen gelegt worden sein.

Die deutsch-französischen Verhandlungen,

die eben erst begonnen hatten, scheinen schon wieder abgebrochen zu sein. Man war in Berlin bereit, weitgehende Konzessionen zu machen. Aber es scheint, als ob Poincaré noch mehr die glatte Kapitulation Deutschlands wünscht. Innerhalb der Regierung waren bestimmte Vorschläge ausgearbeitet worden. Danach sollen sämtliche deutschen Unternehmungen 30 Prozent neue Aktien herausgeben. Diese Aktien werden der Reparationskommission übergeben. Die Alliierten setzen dann einen neuen Ausschuß ein, der eine interalliierte Anleihe anzustreben hat, die durch die eingelieferten neuen Aktien garantiert werden soll. Der Anleihebetrag soll für Reparationszwecke verwandt werden. Nach dem Verlaufe der Gespräche, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Persönlichkeiten stattgefunden haben, scheint dieser Vorschlag jedoch nicht mehr aktuell zu sein. Auch in Wirtschaftskreisen beurteilt man die Lage außerordentlich pessimistisch. Die deutsche Regierung ist ihrerseits bemüht, die Ausgaben des Reiches, besonders auch die Ruhrkredite, abzubauen und auf diese Weise das Defizit des Reiches, das auch durch die neuen Steuern vorläufig nicht gedeckt werden kann, zu verringern. Neben der Kontingentierung der Ruhrkredite soll auch das von den rheinischen Gemeinden und Industrie-Unternehmungen in großem Umfange herausgegebene Notgeld, mit dem sich ganze Betriebe finanziert haben, während sie die ihnen vom Reiche zur Verfügung gestellten Lohnkredite für Devisenkäufe und für andere Zwecke benutzten, mit größter Beschleunigung zur Einziehung gelangen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Die wahre Stimmung der Bevölkerung.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen, Breddemann, veröffentlicht eine längere Darlegung über den gegenwärtigen Stand der Abwehr an der Ruhr und erklärt gegenüber den Gerüchten von einer Bereitschaft der Bevölkerung zum Verzicht auf den passiven Widerstand: „Es muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die Ruhrbevölkerung in ihrer erdrückenden Mehrheit dieser nichtssagenden Formel völlig fernsteht. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten lehnen sie mit aller Entschiedenheit ab. Die Verzichtleistung auf die Waffe des passiven Widerstandes und die Verständigung mit dem Gegner hat folgende Richtlinien zur Voraussetzung: Rückkehr der Ausgewiesenen mit ihren Familien, Freilassung der Gefangenen, schärfste Ablehnung jedes Versuchs einer Schmälerung der staatlichen Hoheitsrechte des Reiches und der Länder, Forderung der Aufhebung der französischen Maßregeln, die dieses Recht beeinträchtigen, Übernahme festumgrenzter wirtschaftlicher Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen, jedoch nicht auf Grund einseitigen Diktats, sondern auf Grund von Verhandlungen. Wenn bei Besprechungen auf der Gegenseite kein Verständigungswille sich zeigen sollte, dann müsse mit aller Energie die Einstellung auf das weitere Ringen erfolgen.“

Kohlenmangel im Ruhrgebiet.

Im besetzten Ruhrgebiet nehmen die Kohlenbestände immer mehr ab, so daß die Versorgung der großen industriellen Werke mit Kohlen nicht mehr gewährleistet ist. Die französische Behörde in Essen stellt auch keine Kohlenscheine mehr aus, mit der Begründung, daß sie infolge Einstellung der Förderung keine Kohlen mehr hat. Mehrere große Werke haben zwar englische Kohlen bestellt, doch lassen die Zufuhren sehr stark nach.

Ein englisches Urteil über den passiven Widerstand.

„Populaire“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem englischen Abgeordneten Tom Shaw, in der dieser lachend es für einen Blödsinn erklärte, wenn behauptet würde, der passive Widerstand sei eine von der Reichsregierung erzwungene Bewegung. Die jetzige Besetzung habe die Bevölkerung dazu in Stimmung versetzt.

Aus Dänemark.

Die dänische Eiderpolitik.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: „Sozialdemokraten“ bringt Enthüllungen über einen heimlichen und sehr mystischen exklusiven Klub, den „Prämaturiner Klub“. Außer bekannten Persönlichkeiten sollen Justizminister Rytter und der Innenminister Kragh mit dem Klub in Verbindung stehen, dessen Ziele nach „Sozialdemokraten“ auf eine Verlegung der dänischen Grenze in Schleswig nach Süden gehen. — Die Meldung, an deren tatsächlichen Unterlagen kaum zu zweifeln ist, zeigt klar die geheimen Fäden, die zwischen den dänischen Regierungskreisen und den Befürwortern einer südlicheren Grenze bestehen. Besonders interessant und bemerkenswert ist, daß gerade der Name des durch die Ausweisungen aus Nordschleswig bekannten Justizministers Rytter in diesem Zusammenhang genannt wird. Die eigenartige Zusammensetzung des Klubs — es sind tatsächlich die hervorragendsten Verfechter der Eiderpolitik — deutet darauf hin, daß in dem Klub eifrig politisiert wird. Die dänische Regierung wird nicht umhin können, sich zu dem intimen Verkehr der beiden Minister mit den Vertretern der Eiderpolitik zu äußern, denn daß es sich hier um „harmlose Geselligkeit“ handelt, wie die konservative Presse behauptet, ist wohl kaum anzunehmen.

Die Entwicklung des Streites um Grönland.

Die dänische Presse bringt Miteilungen dahinlautend, daß die dänisch-norwegischen Verhandlungen über Grönland demnächst beginnen. Die norwegische Delegation, die für diese Verhandlungen ernannt ist, hat bereits eine vorbereitende Sitzung abgehalten, und die dänische wird auch in den nächsten Tagen zusammentreten, um für die Diskussion im Lande, die bald einsetzen dürfte, einige Richtlinien festzulegen.

Der Streit um Grönland hat eine längere Geschichte. Die Insel Grönland und die Faröer, die auch in die Debatte hineingezogen sind, sowie Island, sind alte norwegische Kronkolonien. Sie kamen — wie man sagt, durch Unkenntnis schwedischer Diplomaten — im Kieler Frieden 1814, durch den Norwegen von Dänemark getrennt wurde, unter dänische Herrschaft. Schon damals protestierte Norwegen gegen die Abtrennung der drei Inseln. Die isländische wurde 1918 dadurch gelöst, daß eine Souveränitätserklärung erlassen wurde. Die Diskussion über die beiden anderen Inseln Grönland und die Faröer ist aber noch nicht verstummt. Besonders in letzter Zeit ist sie wieder in Fluß gekommen durch die beabsichtigte Ausdehnung des dänischen Monopolhandels über West- und Südgrönland hinaus nach Ostgrönland. Hier haben die Norweger bedeutende wirtschaftliche Interessen, die durch die dänischen Bestrebungen stark gefährdet sind. Deshalb ist die Bewegung in Norwegen, die sich gegen die dänischen Ansprüche wendet, zu einer Volksbewegung geworden. Die Faröer wurden dadurch in den Streit hineingezogen, als kürzlich der faröische Abgeordnete Patturson norwegischen Blättern erklärte, auf den Faröern befänden sich starke Sympathien für Norwegen.

Sollte durch die jetzt beginnenden Verhandlungen keine Einigkeit erzielt werden, so bleibt als letzte Lösung die Anrufung eines internationalen Schiedsgerichts.

Dänemark und Litauen.

Die dänische und die litauische Regierung sind in der Frage der vorläufigen Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen zu einer Einigung gekommen. Die Grundlage der Verständigung ist die Klausel der Meistbegünstigung. Eine weitere Etappe der Engerknüpfung der Beziehungen ist die Übergabe der Leitung von Arbeiten, die mit der Erweiterung Kownos verbunden sind, an den dänischen Ingenieur Bransen.

Sowjetrußland.

Die Wahlen in Moskau.

Nach den letzten Meldungen aus Moskau über die Ergebnisse der Wahlen in Moskau haben die Kommunisten in den Städten überall große Erfolge davongetragen, während auf dem Lande die antikommunistische Bewegung immer größeren Umfang annimmt, was auch bei den jetzigen Wahlen zum Ausdruck gekommen ist.

Rußland hält am Außenhandelsmonopol fest.

Nach einer Meldung der russischen Telegraphen-Agentur erklärte Krassin vor den Besuchern der landwirtschaftlichen Ausstellung, daß das Außenhandelsmonopol unerschütterlich sei, und wies darauf hin, daß vor Jahresfrist die aktive Handelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuß von 200 Millionen Goldrubel wiederhergestellt sein würde.

Deutsches Reich.

** **Der sächsische Ministerpräsident in Berlin.** Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner weilte am Dienstag in Berlin. Am Nachmittag fand eine vierstündige Besprechung in der Reichskanzlei statt, an der zahlreiche Persönlichkeiten, u. a. der Reichspräsident und sämtliche sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder teilgenommen haben. Das von der sächsischen Regierung beigebrachte Material über den Konflikt ist eingehend geprüft worden. Dabei hat sich bei sämtlichen anwesenden Kabinettsmitgliedern eine völlige Übereinstimmung in der Beurteilung dieses Materials ergeben. Aus der Formulierung der hierüber ausgegebenen Erklärungen, die versichern, daß die Reichsregierung alles tun werde, um den unangenehmen Konflikt aus der Welt zu schaffen, muß man schließen, daß die Besprechung zu dem angestrebten Ziel einer völligen Klärung der Angelegenheit noch nicht geführt hat. Die Reichsregierung spricht ferner die Hoffnung aus, daß von der Gegenseite alles getan werde, um die Regierung in ihrem Bestreben, den Konflikt zu erledigen, nicht zu stören. Von einer Veröffentlichung des Materials hat die Regierung zur Stunde noch abgesehen.

** **Die Finanznot der Stadt Leipzig.** Die Stadt Leipzig, die früher eines der am besten fundierten deutschen Gemeinwesens war, ist heute nicht mehr in der Lage, den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern ihre vollen Bezüge auszuzahlen. Wie Oberbürgermeister Dr. Rothe in der Stadtverordnetenversammlung erklärte, können sie nur drei Viertel erhalten; das letzte Viertel muß die Stadt vorläufig schuldig bleiben. Außerdem kann die Stadt an die städtischen Betriebe keine Zuschüsse mehr leisten. Die Gas- und Elektrizitätswerke, die Straßenbahn und die Düngerbewirtschaftung müssen von der Verwaltung abgetrennt werden, sich selbst tragen und die von der Stadt erhaltenen Milliardenvorschüsse baldigst zurückzahlen. Nur für die Fürsorgeanstalten, die Kleinrentner und Erwerbslosen will die Stadt weiterzahlen. Dagegen muß bei Kulturaufgaben noch mehr als bisher gespart werden. Die Stadtverordneten beschlossen, daß sofort eine Deputation zur Reichsregierung nach Berlin entsandt wird, die Leipzigs trostlose Finanzlage vortragen und die Genehmigung zur Ausgabe von Notgeld sowie die umgehende Zahlung von Vorschüssen auf die Reichszuschüsse und die Steueranteile verlangen soll.

** **Blutige Erwerbslosenkrawalle in Dresden.** Am Dienstag ist es in Dresden zu sehr ernsten Ereignissen gekommen. Es hatte sich ein Zug von Erwerbslosen gebildet, der sich über den Ring nach dem Rathaus zu bewegte, um dort zu demonstrieren. Der Zugang zu dem Platz vor dem Rathaus wurde aber von Schutzpolizei abgesperrt. Dies versetzte die Demonstranten in derartige Wut, daß sie ein lange anhaltendes Bombardement mit Steinen auf die Schutzpolizei eröffneten. Einzelne drangen mit Latten, Eisenstäben und Stöcken auf die Beamten ein. Diese versuchten zunächst mit Hilfe der Gummiknüppel Herr der Situation zu werden. Als dies aber nicht gelang und die Demonstranten wieder Steine warfen, machte die Schutzpolizei von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Offenbar hat sie zunächst blind geschossen, dann aber scharfe Schüsse auf die wütende Menge abgegeben. Die Erregung war ungeheuer. Um 1 Uhr mittags wurden die Sipomannschaften von dem Platz vor dem Rathaus zurückgezogen; sie hielten nur noch den Haupteingang des Rathauses besetzt. Dort sammelte sich die erregte Masse bald wieder von neuem und verlangte die Auslieferung zweier Polizeioffiziere, von denen behauptet wurde, daß sie zuerst geschossen hätten. Inzwischen wurde eine zehngliedrige Kommission von Arbeitslosen in das Rathaus eingelassen, um mit den zuständigen Stellen wegen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung in Unterhandlung zu treten.

Freistadt Danzig.

*† **Währungsänderung und Münzeinteilung.** Der Hauptausschuß des Danziger Volkstages beschäftigte sich mit der Währungsänderung und mit der Frage, in welche kleinere Einheiten der zu schaffende Danziger Gulden eingeteilt werden soll. Senator Volkmann hat in seiner Denkschrift die Hundertstel-Teilung, also das Dezimalsystem, gewählt. Das ist geschehen in Rücksicht auf die bisherige Rechnungsgewohnheit der Bevölkerung und aus Gründen der praktischen Teilbarkeit. Die Dezimal-Teilung hat allerdings den Nachteil, daß die Einzelstücke entweder zu groß oder zu klein sind. Bei der Zehntel-Teilung sind die Einheiten zu groß, bei der Hundert-Teilung sind sie etwas sehr klein. Die Einheit käme dann etwa auf 20 Goldpfennige mit eventuell weiterer Unterteilung. Seitens des interalliierten Finanzkomitees in Genf ist nahegelegt worden, vielleicht eine 25er-Teilung zu wählen. Sie würde auf eine Münzeinheit führen, wie sie etwa die Schweiz besitzt. Diese Stückelung wäre an sich verhältnismäßig günstig, sie hat aber den Nachteil, daß sie rechnerisch schwerfällig und für die Bevölkerung höchst ungewohnt ist. Senator Volkmann, der im Hauptausschuß diese Einzelheiten vortrug, bat, ihn für Genf mit entsprechender Ermächtigung auszurüsten, entsprechend dem Verhandlungsverlauf einer der hier dargelegten Teilungen zuzustimmen. — Von den Parteien sprachen sich die Deutschnationalen zunächst für die Hundert-Teilung aus. Die Sozialdemokraten wünschten 20er-Teilung mit Unterteilung auf Hundert, was Münzeinheiten etwa im Wertcharakter der bisherigen Mark ergeben würde mit einer kleinen Modifikation (Wert 1 Mark = Wert 102 Pfennig). Das Zentrum fand die Hundert-Teilung reichlich klein, am günstigsten auch eine 20er-Teilung mit Unterteilung. Die Deutsche Partei stimmte der gewünschten Ermächtigung an Senator Volkmann zu, während die Polen sich der Stimme enthalten wollten, so lange nicht die Zustimmung Polens vorliege, daß der Danziger Gulden auch in Polen als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt und zugleich wiederum außerhalb der polnischen Devisenordnung gestellt sei. — Im allgemeinen wurde die von Senator Volkmann erbetene Ermächtigung ausgesprochen.

*† **Die Danziger Handelsflotte.** Seit der Abtrennung vom Deutschen Reich besitzt Danzig eine eigene Handelsflotte, die am 1. Juli 1923 an Seeschiffen über 50 Netto-Registertonnen Raumgehalt insgesamt 48 Fahrzeuge mit einer Gesamtnettotonnage von 59 483 aufwies. Von diesen Schiffen waren 39 Dampfer, ein Motorsegler, drei Segelschiffe und fünf Seeleichter. Im Vergleich zu dem letzten Vorkriegsjahr (1913) ist der Schiffsbestand der Danziger Handelsflotte der Zahl nach um nahezu 250 Prozent und der Tonnage nach um mehr als 450 Prozent angewachsen. Im Jahre 1913 hatten die zur Danziger Handelsflotte gehörenden Schiffe im Durchschnitt nur eine Größe von 1000 Tonnen. Größere Dampfer fehlten; auch der gesamte Danziger Seeverkehr war damals noch fast ganz auf kleinere Dampfer eingestellt, und zwar waren diese entweder in der Küstenfahrt beschäftigt, oder sie dienten als Zubringer für die Weltverkehrslinien. Seit der Schaffung des Freistaates hat sich das Bild des Danziger Seeverkehrs nicht nur insofern verändert, als eine Reihe großer ausländischer Reedereien ihre Linienfahrten auf Danzig ausgedehnt haben, sondern auch Danzig selbst besitzt nunmehr mehrere neugegründete Reedereien mit einer Anzahl größerer Ozeandampfer, die zum Teil auch zwischen den überseeländern verkehren. Somit fehlt auch die Danziger Flagge nicht auf dem Weltmeere. Die Schiffsgrößen haben sich im Vergleich zur Vorkriegszeit im Durchschnitt annähernd verdoppelt.

Aus aller Welt.

Das belgische Königspaar hat sich zu einem Besuch des italienischen Königspaares nach Italien begeben.

Ein Anschlag gegen den portugiesischen Ministerpräsidenten? In Lissabon wurden einige Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, daß sie auf das Leben des Ministerpräsidenten ein Attentat verüben wollten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.

Verantwortlich: für Politik Dr. Wilhelm Loewenthal; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Teatr Pałacowy Plac Wolności 6. — **Heute** und folgende Tage: **Unter dem kleinen Pantoffel.** Erzlustige, gesunden Humor sprühende Komödie **in 6 Akten.**

Großes, geräumiges u. schön gelegenes

Landhaus

mit Stallungen und zwei Morgen umfassendem Garten zu **vermieten.** Bewerber evangel. Konfession wollen sich unter **G. H. 9051** an die Geschäftsstelle dieses Blattes wenden.

Zu kaufen gesucht

eine Gerberei

oder **geeignetes Fabrikgebäude** bei **Posen.** Offerten unt. **P. R. 9020** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

---

1 schwerer Kultivator mit 9 Zinken,
1 Kartoffelgraber-Maschine,
1 Drillmaschine, Fabrikat Sack,

gebraucht, jedoch gut erhalten, stehen zum **Verkauf** und zur Besichtigung bei (9058

Oskar Keller, Wągrówiec.
Schlossermeister und Maschinenbauer.

Die besten grauen

PAPPEN

in allen Stärken stets auf Lager.
Waggonlieferungen u. kleinere Mengen zu konkurrenzlosen Preisen gegen bar oder für Papierabfälle.
JÓZEF ZAŁACHOWSKI, POZNAŃ
Rzeczypospolitej 4. Tel. 2513
Telegr.-Adresse: „JOZA", Poznań.
Repräsentant der Pappenfabriken KLEPACZKA und NATALIN.



Günstig! — Achtung! (9032 — Günstig!

Stoffe für Anzüge, Mäntel, Bett- und Leib-Wäsche aus erstklassigen Fabriken, sowie **Zutaten für Schneider** empfehlen **J. Blin & B. Arndt, Poznań, WielkieGarbary 34 (fr. Gr. Gerberstr.)**

Wirtschaftsamt Pawonkau, poln. O/S. sucht tragende **Kühe od. Kalben.**

Wir bieten neu zum Kauf an:

Mayer, Violinspielers Lieblinge Nr. 15, 16, für eine und für zwei Violinen.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.
Abt.: **Versandbuchhandlg.**

Wir bieten hiermit antiquarisch, so gut wie neu, zum Kaufe an:

Dr. Boas, Lehrbuch der Zoologie. Für Studierende. 6. Auflage 1911 mit 618 Abbildungen, eleg. gebunden

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 14. September, abends 6 Uhr.
Sonnabend, morgens 7 Uhr vorm. 10 Uhr mit Predigt nachm. 4 Uhr Mincha mit halachischem Vortrag im Beth Schlomoh.
Sabbatausgang abends 6 U. 54 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens 6½ Uhr, abends 6 Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.
Freitag, 14. September, abends 6 Uhr.
Sonnabend, den 15. Septbr., vorm. 10 Uhr.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat September 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Im internationalen Automobilrennen zu Mailand am 9. Sept. d. Js. ging



als ERSTER und ZWEITER

durchs Ziel und errang somit die höchste Auszeichnung, den

„grossen Preis von Europa".

Diese Glanzleistung bestätigt von neuem, dass die **Fiatwagen** in Qualität, Dauerhaftigkeit, Leistung und Sparsamkeit unübertrefflich sind.

Sofort lieferb. in allen Typen unter günstigen Konditionen

Brzeski-Auto T. A.

POZNAŃ, ulica Skarbowa 20
Gegründet 1894. Tel. 4121 u. 3417.

Wir fabrizieren als Spezialität:

Getreidereinigungsmaschinen,
Kartoffelsortiermaschinen,
Doppelkonus-Rübenschneider,
Scheibenrad-Häckselmaschinen,
Trommel-Häckselmaschinen,
für Kraftbetrieb, feststehend und fahrbar.

Muscate, Betcke & Co. T. z o. p.

Maschinenfabrik Tczew.

Kaufe

unsortierte Kartoffeln

möglichst rotschalige, keine Frühsorten, **September-Oktober** lieferbar, **sofort** beginnend. Desgleichen habe **jederzeit**

Kali

anzubieten. Angeb. resp. Anfrag. erb. an

Emil Frühling, Poznań.

Spez.: **Saatkartoffeln u. Kartoffelfabrikate.**
Telephon 3099 u. 5349.

Zum sofortigen Antritt suchen wir einen ledigen, perfekten

Lohnbuchhalter,

sowie eine erstklassige, männliche oder weibliche

Kraft für die Schreibmaschine,

perfekt in deutscher und polnischer Stenographie.
Zu beiden Fällen werden nur erstklassige Bewerber berücksichtigt, die die polnische und deutsche Sprache perfekt in Wort und Schrift beherrschen.
Freie Wohnung wird zugesichert.

Cukrownia Wierzchosławice, pow. Inowrocław.

Pos. Bach-Verein.
Dienstag, 18. September, abends 8 Uhr
im Evgl. Vereinshaussaale:
Hans Bassermann (Geige),
Frau A. Müller, Górzno (Klavier). (9065
Beethoven, Bach, R. Strauss, Dvorak, Wieniawski.
Eintrittskarten für 50000, 30000, 10000 Mark in der **Evang. Vereinsbuchhandlung.**

Herzliche Bitte!
Wer hilft mit?
Zwei strebsame aber völlig mittellose **Seminaristen** können ihre **Lehrerausbildung nicht vollenden,** wenn ihnen nicht **geholfen** wird. Es ist Ehrenpflicht des Deutschtums hier, sie nicht auf halbem Wege im Stich zu lassen!
Beiträge — jedes Scherflein ist willkommen — nimmt mit großem Danke entgegen
Hertha Schnee, Bydgoszcz, Sniadeckich 4.

Witwer, 45 J. alt, m. eigenem Geschäft u. Grundstücken, wünscht Damenbekanntschaft mit entsprechendem Vermögen zwecks baldiger **Heirat.** Off. u. **9048** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag,	den 13. 9.:	**„Madame Butterfly"**, Oper von Puccini.
Freitag,	den 14. 9.:	**„Carmen"**, Oper von Bizet.
Sonnabend,	den 15. 9.:	**„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper von Offenbach.
Sonntag,	den 16. 9.:	**„Die schöne Helena"**, Komische Oper von Offenbach.
Montag,	den 17. 9:	Theater geschlossen.
Dienstag,	den 18. 9.:	**„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert. (Premiere.)

Suche zum 1. Oktober einen

Wirtschafts-Assistenten oder jüngeren Beamten

unter meiner Leitung. Zeugnisabschr. u. Lebensl. bitte einzus. an
Gutsbesitzer Schendel, Radom, p. Połajewo.

Jüng. Sekretär oder Sekretärin

zur **Unterstützung** des **Rendanten** für **sofort** gesucht. Polnisch erwünscht. (9055

Wedemeyer, Wonieść, p. Bojanowo Stare.

Feuerschmiede, Kastenmacher, Wagenlackierer,

nur erste Kräfte verlangt (9059
Wagenfabrik Martin, Gniezno.

Wir suchen zum 1. Oktober 1923 für unsere Genossenschaftsbäckerei
tüchtigen, erfahrenen älteren

Bäckergesellen.

Gefl. Offerten unt. **K. W. 9054** an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche z. 1. Oktober d. Js. evgl. Lyzeallehrerin

für 9jährige Tochter, Zeugnisse u. Gehaltsansprüche erbittet
Frau Gutsbesitzer Möbius, p. Jaracz, Smilowo, pow. Chodzież.

Stellengesuche

Deutsch. Lehrer sucht Stell. als **Rechnungsführer, Bürobeamter** oder andere angemessene Beschäftigung. Off. u. **A. B. 9063** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Kaufmann, aus der Drogenbranche, der poln. u. deutschen Sprache mächtig, sucht entsprechende Stellung evtl. Vertretung od. als **Korrespondent.** Off. u. **9045** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Selbst. Stütze f. **Wirtkr.**, nur größ. Haush. Gehaltsang. u. **W. 9053** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche zum 1. 10. 23 oder später Stellung als

1. Beamter

auf einem intensiv betriebenen Gute. Erstklassige Zeugnisse vorhanden. Polnisch und Deutsch in Wort und Schrift mächtig. Off. u. **9037** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Geb. Frau, 27 J. alt, firm im Hauswesen, sucht Wirkungskreis als **Hausdame** od. **Gesellschafterin** in deutschem Hause. Land bevorzugt. Gehalt Nebensache. Off. u. **G. 9043** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Perfekte Stenotypistin, auch in Buchführung u. allen **Büroarbeiten erfahren,** sucht Stellung für sofort. **Gefl.** Off. erbitte u. **9047** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Zur Klarstellung.

In der Donnerstagsausgabe der „Posener Neuesten Nachrichten“ steht ein „Eingesandt“, das sich mit dem Hotel „Bristol“ und seinem jetzigen Pächter (nicht Ökonomen, wie dort behauptet ist) beschäftigt. Durch einen Zusatz der Redaktion der „Posener Neuesten Nachrichten“ wird jenen Ausführungen der eigentliche Charakter eines „Eingesandt“ genommen, und die in ihnen behandelten Fragen werden zu einer Angelegenheit von größerer öffentlicher Bedeutung umgestempelt. Das legte auch uns, der Redaktion des „Posener Tageblattes“, die Pflicht auf, uns über die dort behandelten Dinge und den vermutlichen Anlaß dieses „Eingesandt“ zu unterrichten. Wir konnten folgendes feststellen:

1. Mit den wirklichen oder angeblichen Vorgängen im „Deutschen Haus“ in Bromberg, die seinerzeit in der Presse behandelt wurden, haben die Dinge, um die es sich hier handelt, weder eine Ähnlichkeit noch sonst irgendetwas zu tun.

2. Es fehlt jeder Beweis für die Berechtigung der Bemerkung, daß die Nationalität des jetzigen Pächters des „Bristol“, des Herrn Dymek, „eigenartigen Wandlungen zugänglich“ sei.

3. Die im Erdgeschoß liegenden „Bureauräume“, die Herr Dymek angeblich widerrechtlich gesperrt haben soll, waren von Herrn Dymeks Vorgänger ohne Wissen und Einwilligung der Hotelbetriebsgesellschaft an einen deutschen Herrn vermietet, der gegenwärtig nicht mehr in Posen lebt und, soweit hier bekannt ist, seinen Wohnsitz in Deutschland hat. Dieser Raum durfte gar nicht vermietet werden, da sich in ihm die Zentrale der elektrischen Lichtanlage des Hotels befand und er darum jederzeit zugänglich sein mußte. Die Polizei verlangte von dem Hotelpächter, der zugleich Verwalter des Hauses ist, Wiederherstellung dieser Lichtzentrale. Dazu war die Öffnung des bezeichneten Raumes unbedingt erforderlich.

4. Es ist unwahr, daß der Hotelpächter, Herr Dymek, einen deutschen Mieter des Hauses auf Polnisch als „Lump“ bezeichnete und daß er hinzugesetzt habe, er kenne Leute, die, wenn er ihnen ein paar Pfennige gäbe, jenem deutschen Herrn so die Jacke vollhauen würden, daß er sich nicht mehr würde rühren können.

5. Was die wirklich oder angeblich der Redaktion der „Posener Neuesten Nachrichten“ zugegangenen zahlreichen Klagen über die gegenwärtige Bewirtschaftung des Hotels „Bristol“ und über die Person des Herrn Dymek betrifft, so ist festzustellen, daß man in den Kreisen der Besucher des Hotels und des Kaffeehauses „Bristol“ jetzt mit den dortigen Zuständen weit zufriedener ist als während der Bewirtschaftung des Hotels und des Kaffeehauses durch seinen Vorgänger, dessen Geschäftsführung der Art war, daß die Besucher des „Bristol“ in immer größerer Zahl wegblieben und daß die Hotelbetriebsgesellschaft ihm kündigte.

6. Zu Punkt 3 und Punkt 5 ist festzustellen: Der Vorgänger von Herrn Dymek, der frühere Ökonom des „Bristol“, ist Herr Otto Vespermann, Vater des jetzigen Verlegers der „Posener Neuesten Nachrichten“, des Herrn Ernst Vespermann. Er wohnt jetzt noch in der Dienstwohnung des Hotelpächters, im zweiten Stock des Bristolhauses. Da ihm die Wohnung am 1. April gekündigt worden war und er sich verpflichtet hatte, sie am 1. Juli zu räumen, dies aber bis jetzt nicht getan hat, ist gegen ihn Räumungsklage eingereicht worden.

Es muß hinzugefügt werden, daß Herr Vespermann vor ungefähr acht Tagen im „Bristol“ in Gesellschaft seines Sohnes, des Zeitungsverlegers Ernst Vespermann, und vor Zeugen Herrn Dymek und seinen Angestellten drohte, er würde dafür sorgen, daß sich die Presse mit ihnen beschäftigen würde und daß ihnen die Bude geschlossen würde. Den Angestellten des „Bristol“ gab er den Rat, sie sollten sich andere Stellen besorgen.

Aus Stadt und Land.

Posen, 13. September.

Stadtverordnetensitzung.

Die erste Stadtverordnetensitzung nach den Ferien, deren Tagesordnung als wichtigste Punkte das Eingemeindungsprojekt und die Erhöhung des Straßenbahntarifs aufwies, nahm einen schnellen und ruhigen Verlauf. Bei der bedeutsamsten Vorlage, nämlich der Eingemeindungsvorlage, hatte man eine längere Aussprache erwartet, da eine solche bei der großen Bedeutung des Projektes für die Zukunft nur erwünscht sein konnte. Da kein grundsätzlicher Widerspruch erhoben wurde, wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Damit wurde der Grundstein zu einem Groß-Posen gelegt. Die einstimmige Annahme quittierte man teils mit Gefühlen der Genugtuung, teils mit Erstaunen. Gegen die Erhöhung des Straßenbahntarifs wurden keine Einwände geltend gemacht. Die Opposition gegen die Erhöhung der Preise für Gas, Wasser, Elektrizität usw. scheint überhaupt aus der Mode gekommen zu sein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein neuer Stadtverordneter namens Malinowski eingeführt; dann wurden verschiedene Mitteilungen gemacht, worauf der Stadtv. Wybieralski das Wort zu einer Anfrage erhielt, die sich auf die

Ortszulagen für die Lehrer

bezog. Da dem Interpellanten die näheren Gründe unbekannt seien, die den Magistrat dazu bewogen hätten, die Einstellung der Auszahlung der fraglichen Zulagen vom 1. September anzuordnen, bitte er um Begründung der Maßnahme, die in Lehrerkreisen berechtigte Mißstimmung hervorgerufen habe.

Stadtrat Kłos erklärte, daß die nämlichen Zulagen unter denjenigen Leistungen figurieren, zu denen die Stadt nicht verpflichtet sei, und betonte, daß die Stadt ½ Milliarde an unverpflichteten Leistungen bestreite. Durch geplante Änderungen in der Schulverwaltung, wie die vorgesehene Einführung eines städtischen Schulrates, soll dem Magistrat der Einfluß auf die Schule entzogen werden. Die damit verbundene Entziehung der Befugnisse auf dem Gebiete des Schuletats habe hier den Ausschlag gegeben. Bromberg und Thorn befänden sich in derselben Lage.

Stadtv. Wybieralski wies auf das ohnehin schon lockere Verhältnis zu der Lehrerschaft hin und verlangte angesichts der Wichtigkeit der Angelegenheit, daß diese im Ausschuß durchberaten und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werde. Diesem Antrage wurde durch den Stadtpräsidenten zugestimmt.

Die Beratung der Tagesordnung

leiteten Wahlen ein. Zur Pferde-Aushebungskommission wurden die Stadtverordneten Habel und Grzegorzewicz sowie zwei Vertreter gewählt. Bei Erledigung des Punktes 5 der Tagesordnung, der die Wahl von Mitgliedern der neugebildeten gemeinsamen Deputation für Feuerwehr, Stadtfuhrpark und Straßenreinigung betraf, regte Stadtv. Ruter im Anschluß an die Ausführungen des Berichterstatters, Stadtv. Wybieralski, an, auch für andere Deputationen Kompetenzsatzungen zu schaffen.

Als nach Annahme zweier Anstellungsvorlagen Hinterbliebenen- und Witwenrenten erörtert wurden, bot sich dem Stadtv. Śniady die Gelegenheit,

gegen die unzureichende Rentenversorgung

Stellung zu nehmen.

Stadtrat Kultys antwortete, daß der Magistrat wie bisher alles, was in seinen Kräften stände, zur Befriedigung der berechtigten Wünsche der Rentenbezieher tun werde. Nachdem die Nachbewilligung der Kredite zur Deckung der an die städtischen Beamten und Angestellten ausgezahlten Zulagen, die mehrere hundert Millionen verschlungen haben, vollzogen und die Erhöhung der Arbeiterlöhne referiert war, verlangte Stadtv. Kowalewski, daß der Überstundentarif vom Magistrat innegehalten werden solle.

Allgemeines Interesse erweckte

die Eingemeindungsvorlage,

über die Stadtv. Ballenstedt berichtete. Die Begründung der Vorlage durch den Magistrat wurde bereits im „Pos. Tagebl.“ wiedergegeben. In dem betreffenden Antrag an den Ministerrat wird um eine entsprechende Verfügung angegangen, deren Durchführung dem Innenministerium übertragen werden soll. Der Termin des Inkrafttretens der Verfügung wird auf den 1. Januar 1924 festgesetzt.

Als einziger Diskussionsredner meldete sich Stadtv. Buggel. Er sprach die Befürchtung aus, daß der Magistrat angesichts der kurzen Frist bis zum 1. Januar an die Verwirklichung des Projektes ungenügend vorbereitet herantreten würde. Die beträchtliche Anzahl der für die Eingemeindung vorgesehenen Gemeinden lasse große Verwaltungsausgaben erwarten, deren Vorbereitung längere Zeit erfordere. Er vermisse auch eine Aufstellung der neuen Lasten und Einkünfte, die aus der Einverleibung in den Großstadtkörper fließen werden. Wenn dem Magistrat, der wohl denke, daß man das Eisen schmieden müsse, solange es warm sei, daran liege, daß der Antrag noch in derselben Sitzung beschlossen werde, so könne das unter Verschiebung des Termins für den Beginn der Gültigkeitskraft der betreffenden Verfügung geschehen.

Stadtpräsident Ratajski erklärte, daß die Ziffern in einer Aufstellung der Erträge usw. angesichts der schwankenden Finanzverhältnisse nichts sagen würden. Übrigens würde die Stadt die 18 Gemeinden unter günstigen Bedingungen übernehmen, wenn es am 1. Januar 1924 geschähe. Der Ausbauplan sei vorhanden.

Bei der Abstimmung wurde keine einzige Stimme gegen die Vorlage abgegeben.

Zu der geplanten

Errichtung eines Kinderheims in Naramowice

erklärte Stadtv. Dr. Szulczewski, daß die Aufnahme von Säuglingen aus dem Grunde verfehlt sei, weil durch die Trennung von der Mutter und undienliche Milchnahrung die Sterblichkeit zunehmen würde. Durch Aufnahme von Kindern im Alter von 2—7 Jahren würde das Heim der Stadt gewiß beträchtliche Dienste leisten.

Den letzten Punkt der öffentlichen Sitzung bildete die

Erhöhung des Straßenbahntarifs

um 33⅓ Prozent mit Gültigkeit vom 13. September. Einwände wurden, wie schon erwähnt, nicht geltend gemacht.

Stadtv. Ruter verlangte nochmals, daß die Verlängerung des Verkehrs der Linie 6 vom Alten Markt nach dem Gerberdamm nicht erst um 7½ Uhr früh, sondern schon eher erfolgen solle. Mit der Annahme der Erhöhungsvorlage trat die geheime Sitzung in ihre Rechte. Es standen die üblichen Grundstücksangelegenheiten zur Beratung.

Neue Richtpreise für Fleisch und Speck.

Von heut, Donnerstag, bis Mittwoch, 19. September, gelten folgende Richtpreise für Fleisch und Speck: Schweinefleisch das Pfund 43 000—48 000 M., roher Speck das Pfund 57 000 M., Rindfleisch 31 000—40 000 M. das Pfund. Von der Festsetzung von Richtpreisen für Kalb- und Hammelfleisch hat die Kommission einstweilen Abstand genommen. Dagegen hat sie Richtpreise für Ziegenfleisch auf 20 000—25 000 M. das Pfund festgesetzt.

Der Starost Krajowy Begale (Landeshauptmann) ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

✕ **Die Gerichtsferien** gehen am Sonnabend, 15. d. Mts., zu Ende; vom Montag, dem 17. d. Mts, nimmt die gerichtliche Tätigkeit wieder ihren regelmäßigen Verlauf.

Regelung des Auswandererverkehrs. Das Ministerium für Handel und Industrie teilt mit: Angesichts der Einrichtung des Auswandererlagers in Wejherowo und der nahenden Beendigung der Wiederherstellung des polnischen Auswandererlagers in Danzig hat die interministerielle Konferenz beschlossen, vom 1. Januar den ganzen Auswandererverkehr ausschließlich über Danzig bzw. Gdingen zu leiten. Die betreffenden Organe müssen sich ganz an die Sejmbeschlüsse und Bekanntmachungen der kompetenten Minister halten, die einen solchen Weg weisen. Die Konferenz hat auch die Jahresgebühr für die Konzession zum Verkauf von Schiffskarten an die Emigranten in Höhe von 10 000 bzw. 30 000 Goldmark beschlossen.

Vertagte Reservistenübungen. Wie die „Lodz. Fr. Pr.“ von maßgebender Seite erfährt, wurde die Angelegenheit der Reservistenübungen für den Jahrgang 1895 endgültig entschieden. Die Reservisten des Jahrgangs 1895 werden in diesem Jahre zu den Übungen nicht mehr einberufen werden. Ob die Übungen im nächsten Jahre stattfinden werden, ist noch nicht bekannt.

Einstweilige Einstellung des Aero-Lloyd-Luftverkehrs. Die polnische Luftverkehrsgesellschaft „Aero-Lloyd“ gibt bekannt, daß seit dem 5. d. Mts. die Verbindung auf ihren Linien eingestellt worden ist. Die Hauptursache dafür bildet die am 28. v. M. erfolgte Zerstörung der Magazine im Danziger Flughafen, wo sich der größere Teil der für die Unterhaltung einer regulären, gesicherten Verkehrsverbindung nach den Fliegerhäfen in Warschau, Lemberg und Krakau notwendigen Ergänzungsteile und sonstigen Materialien befand. Die Wiedereröffnung des Luftverkehrs ist für Ende dieses Monats vorgesehen.

Bassermann-Konzert. Am Dienstag, dem 18. d. Mts., abends 8 Uhr konzertiert der bekannte Leipziger Geiger, Professor Hans Bassermann, unter Mitwirkung von Frau Annemarie Müller-Górzno (Klavier) im Rahmen des Posener Bachvereins. Das Konzert findet im Saale des Evangelischen Vereinshauses statt. Über Bassermann als Solisten in einem der letzten Gewandhauskonzerte schreibt die „Neue Leipz. Ztg.“: „Der Künstler hinterließ den Eindruck reifer musikalischer Intelligenz und nimmt unter den Violinisten der Gegenwart hinsichtlich Größe und Klarheit des Tones sowie glutvoller Empfindung einen der ersten Plätze ein.“ — Im Vorverkauf sind Eintrittskarten für 50 000 und 30 000 M., sowie Schülerkarten für 10 000 M. in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

Von der Posener Oper. Heute, Donnerstag, wird im Großen Theater statt des ursprünglich angekündigten „Faust“ infolge einer Indisposition des Herrn Woliński Puccinis „Madame Butterfly“ gegeben (Marynowicz, Szafrańska, Malawski, Ostoja, Romejko, Tarnawski. Musikal. Leitung: Bojanowski). — Freitag: „Carmen“. Sonnabend: „Hoffmanns Erzählungen“. (Die erste Aufführung von d'Alberts „Die toten Augen“ ist auf Dienstag, den 18. September, verschoben worden.)

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein besichtigt am Sonntag, 16. d. Mts., den in der Anlage begriffenen systematischen Botanischen Garten in Jersitz und den Botanischen Garten in St. Lazarus, insbesondere die Gewächshäuser, in denen in gutem Kulturzustande wieder koloniale Nutzpflanzen und biologisch lehrreiche Arten vorhanden sind. Treffpunkt Endstation der Straßenbahnlinien 2 und 8 an der ul. Polna (fr. Feldstr.) ¾9 Uhr vorm. Im Anschluß an die Besichtigung, die etwa bis 12½ Uhr dauern wird, kurzes gemütliches Beisammensein im Restaurant Bristol, Gäste willkommen.

Eine Herbstgebrauchssuche findet am Sonnabend, dem 15. September, im Revier Wytomyśl bei Neutomischel statt, zu der 11 Hunde angemeldet sind. Es ist seit dem Jahre 1918 die zweite derartige Veranstaltung, die besonders in Jägerkreisen große Anteilnahme erweckt. Das Interesse für diese Gebrauchssuche geht weit über unser Gebiet hinaus.

Einen schweren Verlust hat der Gärtnereibesitzer Holz in Junikowo erlitten, indem ihm nicht nur sämtliches Kraut, sondern auch die teuersten Blumen aus dem Treibhause gestohlen wurden.

bw. **Eine Überschwemmung auf dem Alten Markt.** Heute morgen gegen 6 Uhr platzten mehrere Wasserrohrleitungen auf dem Alten Markt. Infolgedessen mußten sämtlich Hydranten auf dem Alten Markt geschlossen werden. Umfangreiche Ausbesserungsarbeiten sind erforderlich geworden.

✕ **Wieder vorgefunden** hat sich die gestern als gestohlen gemeldete Aktentasche mit 8 Millionen Mk. Sie war jedoch nicht gestohlen, sondern von der Eigentümerin irgendwo „in Gedanken“ zurückgelassen worden.

✕ **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Am 7. d. Mts. wurde zwei Männern ein offenbar gestohlenes eisernes Klosettrohr von zwei Metern Länge abgenommen. Es kann im 1. Polizeikommissariat in der ul. Gołębia (fr. Taubenstr.) — Wojewodschaft — besichtigt werden.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus dem Berger-Gymnasium ein Fahrrad im Werte von 1½ Millionen Mk.; aus dem Hause ulica Wielka 12 (fr. Breitestr.) zwei Fischnetze im Werte von 2 400 000 Mk.; aus einem Stalle in Górna Wilda 199 (fr. Kronprinzenstr.) 4 Hühner und 2 Hähne; aus einer Wohnung in der ul. Franciszka Ratajczaka 11

An unsere Leser.

Infolge **fortschreitender Teuerung** auf allen Gebieten, namentlich durch abermalige **100 prozentige Papier-Preissteigerung**, sind wir genötigt, den **Bezugspreis unseres Blattes** zu erhöhen. Die Zeitung kostet für **Oktober:**

1.	bei **Abholung** aus der Geschäftsstelle	**70 000 Mk.**
2.	in den Posener **Zeitungs-Ausgabestellen**	**71 000 „**
3.	durch **Zeitungsboten** in der Stadt	**72 000 „**
4.	durch **Postbestellung**, ausschließlich Postgebühren	**70 910 „**

Verlag des Posener Tageblattes.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Eine Antwort.

Der amerikanische Pianist und Dirigent Ossip Gabrilowitsch, ein Schwiegersohn Mark Twains, wurde von einer französischen Musikgesellschaft aufgefordert, in Paris zu konzertieren. Seine Antwort darauf lautet folgendermaßen:

An den Verwaltungsrat der Gesellschaft
„La Bienvenue Française“.
Paris.

Sehr geehrte Herren!

Sie haben mir die Ehre erwiesen, mich zu den von Ihrer Gesellschaft in Paris organisierten musikalischen Festlichkeiten einzuladen. Ich danke Ihnen bestens.

Ich habe von Ihrem Programm Kenntnis genommen und finde es besonders interessant, daß La Bienvenue Française sich „eine Gesellschaft zur Förderung des intellektuellen und moralischen Austausches zwischen den Nationen“ nennt. Dieses ist in der Tat ein vorzügliches Ziel, zu dem ich Sie beglückwünsche. Nur scheint mir dieses Ziel mit der Politik, die Frankreich seit sieben Monaten im Ruhrgebiet verfolgt, schwer vereinbar. Die Verantwortung für diese Politik trifft aber gerade diejenigen, deren Namen ich an der Spitze Ihres Komitees erblicke, nämlich Poincaré, Millerand usw.

Gerade die Politik dieser Herren ist es ja, die gegenwärtig das größte Hindernis zu jeder wirklichen Annäherung der Nationen bietet.

Ich bedauere, Ihre werte Einladung nicht annehmen zu können.

Hochachtungsvoll
Ossip Gabrilowitsch.

— **Hans Schmidt †.** Wie aus Riga berichtet wird, ist dort am 29. August Professor Hans Schmidt, Leiter der Meisterklasse für Klavierspiel am lettischen Staatskonservatorium für Musik, gestorben. Mit ihm verliert Riga denjenigen Meister, der seit fast einem halben Jahrhundert als Kritiker, Pädagoge, Chordirigent und Komponist, namentlich aber als Begleiter aller namhaften Gesangsgrößen am Flügel, die führende Stellung im baltischen Musikleben inne hatte. Ein persönlicher Freund Brahms', Stockhausens, Klara Schumanns und Amalie Joachims, ist er außerhalb Rigas vor allem als unübertrefflicher Begleiter Raimund von zur Mühlens und als Dichter der „Sapphischen Ode“ von Brahms bekannt geworden. Seinen feinsinnigen Liedkompositionen war insbesondere Amalie Joachim eine berufene Interpretin.

— **Ernst Traumann †.** In Heidelberg starb im Alter von 64 Jahren der Literaturhistoriker Dr. Ernst Traumann. Traumann wurde weiteren Kreisen bekannt durch seinen großen zweibändigen Faustkommentar und sein Buch über den jungen Goethe in Straßburg. Dem klassischen Weimar war der Hauptteil seiner Lebensarbeit gewidmet.

— **Maximilian Bern †.** Der Lyriker Maximilian Bern, der außer durch seine eigenen Schöpfungen auch als Herausgeber lyrischer Sammlungen, namentlich seiner „Zehnten Muse“, bekannt ist, ist im 74. Lebensjahr in vollkommener körperlicher Erschöpfung gestorben. Es wurde festgestellt, daß Bern seit mehreren Tagen nichts mehr gegessen hatte. Seine Adoptivtocher, die im Ausland verheiratete Schauspielerin Irma Stunz, war gerade auf dem Wege nach Europa, in der Absicht, Bern aus seiner furchtbaren materiellen Lage zu befreien. Sie kommt zu spät.

— **Zweites Meraner Musikfest.** Nachdem das erste Meraner Musikfest im Herbst des vergangenen Jahres mit Richard Strauß und d'Albert abgehalten worden war, rüstet man gegenwärtig zum zweiten Musikfest, und zwar zur Durchführung der leitenden Idee: „Die Tonkunst bei der germanischen, romanischen und slawischen Rasse“. Als Dirigent ist Bruno Walter gewonnen worden. Vom 12. September bis 8. Oktober finden zehn große Konzerte statt.

— **Deutsche Operngastspiele im Ausland.** Barcelona wird auch in diesem Winter eine deutsche Opernstagione haben. Es gelangen zur Aufführung „Parsifal“, „Rosenkavalier“, „Walküre“ und „Tristan“, „Josephslegende“. Musikalische Leitung: Weingartner und Egon Pollak; Regie: Dr. Horth. Als Heldentenor ist Richard Schubert von Hamburg, als dramatische Sängerinnen sind die Wildbrunn, die Hafgren und Vera Schwarz verpflichtet. Altpartien singt Frau Willer von der Münchener Oper, Baritonpartien Manowarda, Groenen und Wiedemann. Von Barcelona geht Weingartner nach Madrid. — Otto Klemperer wurde eingeladen, im Januar in Neapel den „Tristan“ zu dirigieren.

(fr. Ritterstr.) Herrenkleidungsstücke, mehrere Paar Stiefel, 2 goldene Damenuhren, 2 goldene Broschen mit Saphiren, 12 französische Franks usw. im Werte von 40 Millionen Mk.; aus dem Hause ulica Przemysłowa 21 (fr. Margaretenstraße) ein Kraftwagenmagnet im Werte von 25 Millionen Mk.; aus der ul. Gen. Chłapowskiego 26 (fr. Wilamowitzstr.) 3 Bettbezüge, 5 Bettlaken, 3 Tischtücher, 5 Kopfkissenbezüge, mehrere Rouleaux, mehrere Handtücher, 1 Waschkessel, 1 Oberbett im Werte von 50 Millionen Mk.; aus einer Laube an der Buker Straße eine Hängematte, verschiedene Damen- und Kinderkleidungsstücke, sowie Handwerkszeug im Werte von 7 Millionen Mk.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 4 Betrunkene, 5 Dirnen, 3 Frauenspersonen wegen liederlichen Umhertreibens, 6 Personen wegen Diebstahls, 2 wegen Diebstahlsverdachts.

p. **Gnesen**, 12. September. Wir berichteten dieser Tage von einem 100 Millionen-Diebstahl in einem Zigeunerlager. Die Angelegenheit hat, wie wir zur Ergänzung des ersten Berichts mitteilen können, einen wild-romantischen Hintergrund, der auf das Leben der Pußtasöhne ein bezeichnendes Licht wirft. In der Nacht zum 26. v. Mts. fielen in Winiary bei Gnesen zwölf bis an die Zähne bewaffnete Zigeuner über das Lager eines anderen Zigeuners namens Danasut her, um dieses zu berauben. Es entspann sich zwischen ihnen eine regelrechte Schlacht mit Schießereien und Blutvergießen, in der die zwölf Räuber den Sieg davontrugen. Sie eigneten sich umfassende Goldbeträge in deutschen, französischen und amerikanischen Geldsorten an und suchten damit das Weite. Nun weiß man wenigstens, wo das Gold steckt!

bw. **Obornik**, 12. September. Am Montag brach hier in den Ziegeleien und Sägemühlen ein Ausstand aus, an dem 150 Arbeiter beteiligt sind. Diese verlangen die Posener Löhne abzüglich 10 Prozent. Fünf Vorstandsmitglieder der Freien Gewerkschaften sind auf Anordnung der hiesigen Ortsbehörden aus unbekannten Gründen verhaftet worden.

Aus Ostdeutschland.

* **Sternberg Nm.**, 11. September. Der Verleger der hiesigen Lokalzeitung war gezwungen, sein Blatt mit Ende August eingehen zu lassen. Damit war der Leserkreis aber nicht einverstanden; er hat den Verleger und Drucker gebeten, das Blatt fortzuführen, will auch höhere Bezugspreise zahlen und fleißig auf die Zeitung abonnieren.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

J. J. N. Die Frage, ob die Sparkasse den Preisunterschied zwischen dem Kurse am 1. April 1921 und dem Rückzahlungstage beanspruchen kann, können wir nicht entscheiden. Ein entsprechendes Gerichtsurteil kennen wir nicht.

W. S. L. Unter den gegebenen Verhältnissen waren Sie zur Lieferung der Ziegelsteine zu dem verabredeten Preise verpflichtet. Der Käufer der Steine hat sich dadurch, daß er die 2000 Steine abfuhr, nicht strafbar gemacht.

Haarausfall. Eine freundliche Leserin unseres Blattes teilt uns folgendes Rezept gegen den Haarausfall mit: 85 g Bay-Rum, 30 g Livola de Composée 1 g krist. Menthol. Die Mischung kann man sich in jeder Apotheke zusammenstellen lassen. Morgens und abends in die Kopfhaut einreiben. Das Mittel ist aber, den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend, nicht sehr billig.

M. K. in N. Ihre beiden Fragen sind zu bejahen.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Die neuen Posener Schülerpensionspreise.

Vor etwa acht Tagen wurde im „Pos. Tageblatt" über die Festsetzung der neuen Schülerpensionspreise berichtet. Während sonst kurz darauf eine Kritik der Änderung einzusetzen pflegte, ist diesmal bisher im Blätterwald alles still geblieben. Das könnte den Anschein erwecken, als ob man sich allerorts „einstimmig" mit der neuen Regelung einverstanden erklärte. Das ist aber keineswegs der Fall, denn die Beteiligten, mit denen ich gesprochen habe, waren „einstimmig" der Ansicht, daß die Verhältnisse eine derartige Erhöhung des Pensionspreises nicht rechtfertigen, daß diese vielmehr eine Ausnutzung der Zwangslage der Eltern darstelle.

Bis zum Juli betrug der Pensionspreis 4 Zentner Roggen. Zum zweiten Mal ist nun der früher allein selig machende Roggen schnöde im Stich gelassen worden. Wenn der Roggen stieg, so war die Erhöhung der Pension ganz angenehm, aber fallen durfte er beileibe nicht. Der Landwirt kann aber doch auch seinen Roggen nicht verlassen, wenn er im Preise fällt und trotzdem alle anderen Bedarfsartikel teurer werden. Jetzt soll nun der Złoty das Heil bringen. Gut, aber es wird doch niemand beweisen können, daß seit Juli die Kosten der Lebenshaltung in Posen um mehr als das Doppelte gestiegen sind, und die Forderung der Pensionsinhaber beträgt mehr als das Doppelte.

Ich bin bei der Pensionsmütterbesprechung, die den Preis von 35 Złoty festsetzte, nicht zugegen gewesen, ich kann daher auch nicht sagen, wie er zustande gekommen ist. Insbesondere weiß ich nicht, ob Eltern von Pensionären dabei vertreten waren. Daß dies nicht der Fall war, scheint mir aus der „Einstimmigkeit" hervorzugehen. Die bisher geübte Praxis eröffnet angenehme Aussichten auf weitere „einstimmig" beschlossene Erhöhungen.

Selbstverständlich müssen die Pensionsgeber für ihre Mühewaltung, den Verbrauch an Lebensmitteln, die Abnutzung der Möbel und Geräte angemessen entschädigt werden. Für angemessen halte ich es aber zum Beispiel nicht, wenn wenige Pensionäre den Lebensunterhalt der Familie des Pensionsgebers zum größten Teil bestreiten müssen, und hierauf scheinen doch die Pensionspreise loszusteuern.

Ich würde es für zweckmäßig erachten, wenn auch die Eltern der Pensionäre gelegentlich in größerer Zahl in Posen zusammenkämen, um ihre Ansichten auszutauschen, damit man ein klareres Bild gewänne. Schließlich muß man doch auch bedenken, daß bereits bisher für viele Eltern die hohe Pension ein schweres Opfer bedeutete, daß sie aber nun bald vor der Unmöglichkeit stehen, ihre Kinder in die höhere Schule zu schicken. Damit würde dann das Bestehen der höheren Schulen, die ohnehin bedroht sind, noch weiter auf das ernsteste gefährdet.

Ein Vater.

Handel und Wirtschaft.

Industrie.

⊙ **Aus der polnischen Petroleumindustrie.** Die Gesamtproduktion der galizischen Ölgruben betrug in der ersten Augusthälfte 1527 Zisternen, gegenüber 1548 Zisternen in der ersten Julihälfte, ist also weiter zurückgegangen. Von dieser Menge entfallen auf Borysław 545,5, auf Tustanowice 632,5, auf Mraznica 242, auf Schodnica 89, auf Urycz 1825 Zisternen. In den letzten Wochen sind einige aufsehenerregende Verschiebungen im Aktienbesitz der größten galizischen Petroleumgesellschaften eingetreten, auf deren Vorbereitung wir schon vor einiger Zeit hingewiesen haben. So hat sich eines der wichtigsten Unternehmen des Borysław-Tustanowicer Beckens, Jakob und Gustav Goldmann, mit der Aktiengesellschaft „Nafta" vereinigt, wodurch die letztgenannte in die Lage versetzt wird, den Bedarf der eigenen Raffinerien mit Rohöl genügend zu decken. Das fällt um so mehr ins Gewicht, als die polnische Rohölproduktion sonst kaum 40 Prozent der Produktionsfähigkeit der Raffinerien deckt. Auf diese Weise wird also die Gesellschaft „Nafta" von der Rohölmarktlage unabhängig. In der polnischen Presse wird dieser Zusammenschluß allerdings nicht mit reiner Freude begrüßt, weil dadurch der Einfluß des Auslandskapitals wieder eine Erweiterung erfahren hat. Die Gesellschaft „Nafta" wird allmählich von der Royal Dutch und Shell Company beherrscht. Die Bedeutung dieser Fusion möge man auch daraus ersehen, daß die Gruben der Gebrüder Goldmann 2000 und die der Gesellschaft „Nafta" 3500 Zisternen Rohöl im Jahre 1922 geliefert haben. So geht immer mehr von dem Besitzstand der inländischen Produzenten an das Auslandskapital verloren, weil sie viel zu wenig regsam sind. So haben sie auch die Gelegenheit versäumt, auf das größte Naftaunternehmen nicht nur Galiziens, sondern Mitteleuropas überhaupt Einfluß zu gewinnen, eine Gelegenheit, die sich dadurch bot, daß die in der Gesellschaft „Dąbrowa" maßgebenden belgisch-französischen Finanzgruppen größere Aktienpakete abzustoßen gezwungen waren. Nicht zum wenigsten dem Betreiben Korfantys, der bekanntlich soeben erst mit Hilfe Bosels eine neue Aktienmehrheit der Königs- und Laurahütte geschaffen hat, dürfte es zuzuschreiben sein, daß die Wiener Unionbank, hinter der ebenfalls Bosel steht, jetzt an die Stelle der bezeichneten Finanzgruppen getreten ist. Unter der Kontrolle der Gesellschaft „Dąbrowa" stehen u. a. die Petroleumgesellschaften „Karpathen", „Schodnica", einige Raffinerien in Preßburg, Wien und Budapest samt den dazu gehörigen Vertriebsorganisationen in Prag, Wien und Danzig. Auch die Aktien der Gesellschaft David Fanto u. Co., deren Gruben rd. 1100 Zisternen jährlich produzieren, sollen bereits in den Besitz des „Dąbrowa"-Konzerns übergegangen sein. Durch diese Transaktionen kommt über ein Viertel der gesamten polnischen Petroleumproduktion in eine Hand, und außerdem gehören diesem Konzern auch noch Anteile an Petroleumfeldern in Mexiko und Südamerika. Die Unionbank hat in die Gesellschaft „Dąbrowa" zwei Aufsichtsratsmitglieder und ein Direktionsmitglied entsandt, während sie in ihre eigene Direktion einen Vertreter der französischen Gruppe, Herrn Clarin, und der bisherigen polnischen Gruppe, Dr. Segal, aufgenommen hat. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch die Gruppe der anderen Wiener Finanzgröße, Castiglione, durch Aufkäufe verschiedener Aktienpakete Einfluß auf die Gesellschaft Sriag und einige andere Unternehmen gewonnen hat. Aus all dem geht hervor, daß es mit der von gewissen polnischen Kreisen gewünschten Nationalisierung der Industrie des Landes noch gute Wege hat. Man vermag wohl die eine oder andere ausländische Finanzgruppe durch wieder eine andere zu ersetzen, bleibt aber weit davon entfernt, die Ausbeutung der heimischen Bodenschätze selbst finanzieren zu können, begibt sich dadurch der Möglichkeit, Raubbau zu verhindern und speziell die Petroleumproduktion zu einer wirklichen und dauernden Stütze der Finanzen des Landes zu machen.

Von den Aktiengesellschaften.

„**Młynotwornia** T. A., Maschinenfabrik für Mühlen in Posen. Die Firma ist am 2. Juli 1919 mit einem Gründungskapital von 1 Mill. Mkp. (I. Em.) gegründet. Die weiteren Emmissionen sind: II. 2 750 000.—, III. 6 250 000.—, IV. 30 000 000.—, V. 60 000 000.—. Das gegenwärtige Aktienkapital beträgt 100 Mill. Die Aktien der I.—IV. Em. bestehen aus 5000 Stück zu 1000 Mkp. nom., 2000 Stück zu 5000 Mkp. nom., 1500 Stück zu 10 000 Mkp. nom. Die V. Em. besteht aus: 12 000 Stück zu 1000 Mkp. nom., 7200 Stück zu 5000 Mkp. nom., 1200 Stück zu 10 000 Mkp. nom. Jede Aktie zu 1000 Mkp. hat eine Stimme. Die Aktien der V. Em. sind ab 1. 7. 1922 dividendenberechtigt. Das Geschäftsjahr ist das Rechnungsjahr. Dividende wurde gezahlt: für 1921 60 %, 1922 80 %. Die Liegenschaften und Besitzungen sind auf 1 Mkp. abgeschrieben. Die Aktien I.—V. Em. sind zum Handel an der Posener Börse zugelassen worden. (Bank Związku Spółek Zarobk.)

„**Hadroga**" S. A. Chem. Fabrik und Drogengroßhandlung in Bromberg. Die Firma ist am 8. Juli 1921 mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mkp. gegründet. Es setzt sich zusammen aus 3000 Stücken zu 5000 Stck. zu 1000 nom. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Eine Kapitalerhöhung fand bisher nicht statt. Die I. Emission in Höhe von 20 Millionen Mkp. ist zum offiziellen Handel an der Posener Börse zugelassen. (Bank Dyskontowy in Bromberg.)

Von den Märkten.

Vom Warschauer Holzmarkt. Eine gewisse Normierung des Devisenmarktes hat in der vergangenen Woche auf den Abschluß von Transaktionen in Polenmark ziemlich günstig eingewirkt. Bei einem Preise von 1 140 000 für das englische Pfund wurden loko Waggon Verladestation in 1000 M. angeboten: Kieferne Exportklötze, gerades und glattes Stammholz, von 25 Zentimeter Durchmesser am dünneren Ende, nicht sortiert: 1150—1200. Kiefernes Schneide-Langholz von 16 bis 18 Zentimeter Durchmesser am dünneren Ende, gerade und ohne Fehler, 650—700. Tannen- und Fichtenklötze für die Ausfuhr, dieselbe Gattung wie die Kiefernen, ohne Fehler bis 1100. Langhölzer (Fichte und Tanne) von 16 bis 18 Zentimeter Durchmesser am dünneren Ende 600—680. Auf dem Weichholzmarkt macht sich infolge der zu Ende gehenden diesjährigen Kampagne ein empfindlicher Mangel an Rundholz bemerkbar. Infolgedessen waren die Klotzpreise höher im Verhältnis zu den Preisen für Schneideholz. Grubenholz wird infolge Besserung der Preise auf dem englischen Markt franko Waggon Danzig nicht niedriger als 16 Schilling pro Kubikmeter bezahlt. Der Preis für Grubenhölzer auf dem Binnenmarkt stellt sich auf 400 und mehr. Größerer Bedarf für Kiefern- und Tannenbohlen, die in englischen Ausmaßen (jetzt aktuell) sorgfältig beschnitten sind (6½", 7", 8" und 9"). Infolge der schweren Wirtschaftskrise, die jetzt Deutschland durchmacht, ist die Nachfrage von seiten deutscher Kaufleute geringer geworden. Dadurch ist ein Preisrückgang für gewisse Holzmaterialien verursacht worden, die in erster Linie nach Deutschland gingen, besonders Papierholz und Erle. Für Papierholz wurden pro Raummeter bis zu 450, für Stammklötze aus Erlenholz bis 900 und 1000 bei geringerer Nachfrage gefordert. Eichenklötze 1. Kl. für die Fournierfabrikation wurden für den Export nach Frankreich intensiv gesucht. Man konnte hier einen Mangel auf dem Markte bemerken. Die Preise schwankten zwischen 2900 und 3800 für ausgewähltes Material je nach Entfernung der Verladestation von der Westgrenze. Für andere Laubholzmaterialien war die Nachfrage mit Ausschluß der für den Export geeigneten Sorten beschränkt. Die Kalkulationen werden durch die ziemlich hohen Ausfuhrgebühren erschwert.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 12. 9. 23.** Offiziell fand heute keine Börse statt. Inoffiziell macht sich eine Verstärkung der Tendenz bemerkbar, die auf einen nahen Umschwung schließen läßt. Vorläufig wurden Aktien nur in geringem Maße abgegeben. Inoffizielle Werte erzielten nachm. 5 Uhr: Pruszków 75—80, Nitrat 57—60, Zjedn. Fabr. Maszyn i Narz. Roln. 650—675, Warsz. Bank Zjednoczenia 200, Listy Zast. Ziemne 300—350 (100 Rbl.) Auch hier hat sich die Tendenz befestigt.

≠ **Krakauer Börse vom 11. September.** Für Aktien ist die Tendenz unverändert geblieben, nur einzelne Papiere gewinnen an Interesse. Besonders stark gesucht sind Jaworzno und Gloria im Hinblick auf die neuen Emissionen. Offizielle Werte notierten: Bank Przemysłowy 83—84, Bank Związku 600—610, Tohan 77 bis 80, Zieleniewski 2000—2050, Cegielski 142—150, Pharma 212—220, Parowozy 118—120, Górka 2800—2840, Tepege 765—778, Polska Nafta 115—125, Krakus 160, Ćmielów 215, Chodorów 1280—1310, Siersza górn. 1125—1150, Potęga 1500. Von inoffiziellen Werten wurden gehandelt: Jaworzno 3900, Chybi 1900, Lokomotywy 170, Len 350.

≠ **Ostdevisen** wurden von der halbamtlichen Kommission gestern wie folgt notiert: Ostdevisen: Bukarest 228 500 Geld, 231 500 Brief, Riga 197 000 Geld, 199 000 Brief, Reval 143 500 Geld, 146 500 Brief, Kowno 4 850 000 Geld, 4 950 000 Brief, Kattowitz 18 900 Geld, 19 300 Brief.; Ostnoten: Polen 17 650 Geld, 18 350 Brief, Lettland 190 000 Geld, 194 000 Brief, Estland 138 000 Geld, 144 000 Brief, Litauen 4 660 000 Geld, 4 840 000 Brief. Repartiert wurde Bukarest mit 20 pCt., Auslandsorders fielen aus.

Kurse der Posener Börse.

	13. September	11. September
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I. Em. . .	17 000	—,—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	58 000—55 000	52 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	4500	4750—4500
Industrieaktien:		
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	15 000	14 000
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	—,—	14 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	14 500—15 000 —14 000	15 000—14 000 —,—
Centrala Rolników I.—IV. Em. .	4000—4250	4000
Centrala Skór I.—V. Em.	27 000—26 000	27 500—27 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	7500—7000	7000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	60 000	60 000
Iskra I.—III. Em.	50 000	52 000—50 000
Juno I.—II. Em.	16 000	—,—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	800 000	750 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	475 000-460 000	475 000-460 000
Pneumatik I.—III. Em.	4500—4000	4500—4000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	30 000	—,—
Młynotwórnia I.—V. Em.	42 000—40 000	—,—
Płótno I.—II. Em.	24 000	24 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	8000—10 000	7000—8000
Patria I.—VIII. Em.	17 000	—,—
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em.	37 000—40 000	36 000—38 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	95 000	90 000—82 500 —92 500
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	30 000	40 000—25 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	7000	7000
Zjedn. Browar. Grodziskie (o. Bezugsr.	30 000	27 500—28 000

Tendenz: belebt.

Warschauer Vorbörse vom 13. September.

Deutsche Mark in Warschau 0,002
Dollar in Warschau 261 500 Geld, 266 500 Brief
Englische Pfund in Warschau .. 1 210 000
Schweizer Franken in Warschau .. 47 600
Französischer Franken in Warschau 15 400

Warschauer Börse vom 12. September.

Devisen:

Belgien	12 800	Holland	110 000
Berlin	0.0025—0.0023	Paris	16 700—16 900—15 400
Danzig	0.0025—0.0023	Prag	9 400—7 950
London	1 430 000—1 450 000—1 200 000	Schweiz	47 500
Neuyork	295 000—315 000—265 000	Wien	3.75
Italien	12 000		

Danziger Mittagskurse vom 13. September.

Die polnische Mark in Danzig .... 33 000—35 000
Der Dollar in Danzig ..... 90 000 000—95 000 000

Berliner Börsenbericht

vom 12. September.

Disk.-Komm.-Anl.	475 000 000.—	Polnische Noten	30 000.—
Danz.-Priv.-Aktienb.	120 000 000.—	Auszahlung Holland	38 000 000.—
Hartmann Masch.-Akt.	—.—	„ London	440 000 000.—
Phönix	—.—	„ Neuyork	96 000 000.—
Schuckert	—.—	„ Paris	5 620 000.—
Hapag	—.—	„ Schweiz	17 360 000.—
3½ % Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente	—.—
Auszahlung Warschau	35 000.—		